

10. Mai

3/2023

www.landtag-mv.de



**Tag der offenen Tür
im Landtag**
25. Juni 2023

+++ Streit um Klimastiftung +++ Zwei Jahre nach Inferno Alt Tellin +++ Wolfsvorkommen bringt Konflikte
+++ Streitpunkt LNG-Terminal +++ Kinderbetreuung soll verbessert werden +++ Integration von Flüchtlingen
+++ Steigende Pflegekosten Thema im Petitionsausschuss +++



Titelfoto: Uwe Sinnecker

3	AUS DEM PLENUM	
3 - 5	Dringlichkeitssitzung	Erweiterung des 3. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“ (Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU)
6 - 15	Auszüge aus der Originaldebatte	Hannes Damm, Constanze Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Julian Barlen (SPD), Horst Förster (AfD), Franz-Robert Liskow (CDU), Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Torsten Koplín (DIE LINKE), René Domke (FDP)
16 - 17	Aktuelle Stunde	„Zwei Jahre nach Inferno Alt Tellin: Sind Nutztiere jetzt vor Flammentod sicher?“ (auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
17 - 24	Auszüge aus der Originaldebatte	Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Minister Dr. Till Backhaus, Dirk Bruhn (DIE LINKE), Thomas Diener (CDU), Dr. Sylva Rahm-Präger (SPD), Sandy van Baal (FDP), Jens Schulze-Wiehenbrauk (AfD)
25	Berichte	Wolfsvorkommen bringt Konflikte Integration von Flüchtlingen Streitpunkt LNG-Terminal
32	Meldungen	Kinderbetreuung soll verbessert werden Integration von Flüchtlingen Ausschusssitzungen auch für die Öffentlichkeit MV-Schutzfonds hat Zweck erfüllt Keine höheren Entschädigungen für Feuerwehren Technologie gegen Arbeitskräftemangel
35	Befragung der Landesregierung	
40	Gesetzgebung	
42	Ausschüsse	Steigende Pflegekosten Thema im Petitionsausschuss Klimawandel in der Arktis Auslandsreise des Agrarausschusses Bildungsausschuss beim RBB Müritz
46		Tag der offenen Tür im Landtag MV
48	Chronik	

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Anna-Maria Leistner
Referatsleiter: Julíen Radloff

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen ist stellenweise nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.
Redaktionsschluss: 14.04.2023



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig während der Dringlichkeitssitzung am 21. März 2023

Streit um Klimastiftung

Dringlichkeitssitzung zur Erweiterung des 3. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“

Seit Monaten gibt es Diskussionen um die Gründung und den Auftrag der Stiftung Klima- und Umweltschutz MV. Der Nordosten steht im Blickpunkt der Weltpolitik. Für den bereits bestehenden parlamentarische Untersuchungsausschuss wird der Untersuchungsauftrag nachträglich geändert, so dass eine effektivere Aufklärung der Tätigkeiten der Landesregierung und der ihr unterstellten Behörden möglich wird.

Bei der Aufklärung der Vorgänge um die Stiftung Klima- und Umweltschutz MV hat der Abgeordnete **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) mangelnde Transparenz vorgeworfen. So habe Schwesig dem Parlamentarischen

Untersuchungsausschuss (PUA) aus ihrer fünfjährigen Regierungszeit nur elf E-Mails sowie keine SMS oder persönliche Notizen vorgelegt. Sie hätte jedoch den kompletten Schriftverkehr einschließlich Vermerken oder Entwürfen vorlegen müssen. Damm verwies auf eine Äußerung von Staatskanzleichef Patrick Dahlemann (SPD), dass diese elf E-Mails der komplette Schriftverkehr von Schwesig seien, sie könne nicht alles selbst schreiben. „Ein derart wichtiges Projekt und kein einziges Dokument darüber, wie es zu dieser Stiftungs-idee gekommen ist“, zweifelte Damm.

Er äußerte ebenso Zweifel an der Aussage des damaligen Energieministers Christian Pegel (SPD), dass er sich an die E-Mail an den damaligen Chef der Staatskanzlei, Heiko Geue, nicht erinnern



Landtagspräsidentin Birgit Hesse

könne, die den Satzungsentwurf beinhalten. „Wir werden im Untersuchungsausschuss mit allen rechtlichen Mitteln weiter dafür kämpfen, diese Fragen beantworten zu können“, kündigte Damm an. Aus diesen Gründen müsse auch der Untersuchungszeitraum und -auftrag des PUA wie beantragt erweitert werden.

Dort werde dann die Frage der Befreiung von der Schenkungssteuer behandelt. Hintergrund ist, dass die Klimastiftung, die neben dem Klimaschutz auch zum Schutz von Firmen vor angedrohten US-Sanktionen beim Bau von Nord Stream 2 vom Land MV gegründet worden war, 9,8 Millionen Euro Schenkungssteuer zahlen soll. Sie hatte 20 Millionen Euro von der Gazprom-Tochter Nord Stream 2 AG bekommen.



Abgeordnete der SPD-Fraktion

„Schluss mit dieser unterirdischen Schmutzkampagne“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende **Julian Barlen**. Er forderte die Opposition zu einer sachlichen Debatte auf. Seit mehr als einem Jahr führe Russland den Angriffskrieg gegen die Ukraine. „Das war genau der Zeitpunkt, als CDU, FDP und die GRÜNEN sich entschlossen haben, jede staatsbürgerliche Verantwortung, jeden politischen Anstand und jede Moral über Bord zu werfen und die größte, die verlogenste Schmutzkampagne zu starten, die unser schönes Bundesland jemals zuvor gesehen hat!“

Inzwischen wisse jeder in MV, um was es bei Nord Stream 2 und der Klimastiftung gegangen sei: Eine Stiftung zum Schutz von Klima und Umwelt sowie um eine preiswerte und sichere Energieversorgung für ganz Deutschland und auch für Mitteleuropa. Thema sei auch der wirksame Schutz von den am Bau beteiligten Unternehmen vor den angedrohten Sanktionen der Trump-Regierung gewesen, betonte Barlen. Alle seien sich einig gewesen: „Den Sanktionen gegen das Projekt beugen wir uns nicht kampflös.“ Barlen wies Begriffe wie Schummel- oder Fake-Stiftung scharf zurück. „Das sind erlogene, nachweislich falsche Unterstellungen, die jeder Grundlage entbehren.“ Eine Stiftung, die in aller Öffentlichkeit für den Klimaschutz und die Fertigstellung von Nord Stream 2 gegründet worden sei, könne nicht getarnt sein.

„Das Projekt ‚Auflösung der Klimastiftung‘ befindet sich in der Vorbereitung eines von der Ministerpräsidentin geplanten Rechtsbruchs“, sagte **Horst Förster** (AfD). Es sei nicht nur ein Anschlag gegen die Klimastiftung, sondern ein Anschlag gegen das Stiftungswesen generell – und damit gegen den Rechtsstaat. Die Stiftung sei rechtskonform nicht auflösbar. Die Gründung der Stiftung sei möglich gewesen, weil sie rechtskonform einen Geschäftsbetrieb errichtete, der satzungsgemäß zur Fer-



Die Abgeordnete Constanze Oehlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) meldet eine Kurzintervention an.



Der Abgeordnete Julian Barlen reagiert mit einem Zwischenruf.

tigstellung der Pipeline beitrug. Dieser Zweck werde nicht dadurch in Frage gestellt, dass ihr wesentlicher Existenzgrund die Umgehung der Sanktionen gewesen sei. Aber nicht das im Vordergrund stehende Motiv sei entscheidend, sondern das, was in der Satzung steht. Das sei der Klimaschutz gewesen, erläuterte Förster.

Laut Förster werde Schwesig nun einen Auflösungs Vorstand einsetzen, der das Ende der Stiftung herbeiführen soll. „Das ist ein offen angekündigter Rechtsbruch.“ Wer auch immer an die Spitze der Stiftung bestellt wird, sei nicht weisungsgebunden und habe allein im Sinne der Stiftung zu handeln.

„Ganz Deutschland redet darüber, dass in MV Steuererklärungen verbrannt wurden und dann ausgerechnet auch noch die Steuererklärung einer Stiftung, die ein wenig ins Gerede gekommen ist“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende **Franz-Robert Liskow**. Er machte auf mögliche Widersprüche zwischen Aussagen von Schwesig und dem Stiftungsvorstand um Ex-Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) zur Frage der Schenkungssteuer aufmerksam. Nachfragen

nach dem Verbleib von zeitweise nicht auffindbaren Steuererklärungen seien verweigert worden. „Die SPD hat an dieser Stelle keine weiteren Fragen, die allermeisten Menschen schon“, betonte Liskow.

Anscheinend seien Informationen, dass die Steuererklärungen verbrannt wurden, in der Landesregierung mehr oder minder ein offenes Geheimnis gewesen. Liskow bezweifelte, dass Schwesig davon keine Kenntnis gehabt haben soll. Zur Erweiterung des PUA-Auftrags gehöre auch die Frage über eine mögliche Zusammenarbeit des damaligen Energieministers Pegel mit einer Anwaltskanzlei bei der Ausformulierung der Stiftungssatzung.

„Wir haben in den letzten Wochen viele Behauptungen, Unterstellungen bis hin zu Verschwörungstheorien gehört – und ich will ganz klar sagen, da ist nichts dran“, betonte Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD). Deutschland habe über viele Jahre den Bau von Nord Stream 2 befürwortet. „Es ist falsch, wenn bei diesem Thema immer wieder mit dem Finger auf unser Land gezeigt wird.“ Das Gas, das in Lubmin über die Nord-Stream-1-Pipeline anlandete, sei in Deutschland gern genommen worden. Es sei falsch, wenn die CDU den Eindruck erwecke, als hätte es nur in MV Fehleinschätzungen über die Absichten Russlands gegeben. „Sie führen eine Kampagne auf dem Rücken der Menschen in MV und schaden dem Ansehen unseres Landes“, kritisierte Schwesig. Die Landesregierung habe sich bei der Stiftungs-



Der Blick von der Presstribüne in den Plenarsaal.



Das Medieninteresse war zur Dringlichkeitssitzung am 21. März besonders groß.

gründung immer im Rahmen der Landtagsbeschlüsse bewegt. Schwesig verwarnte sich gegen Vorhaltungen, sie hätte russische Interessen und nicht die des Landes vertreten. „Das ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Verschwörungstheorie.“

Auch **Torsten Koplín** (DIE LINKE) kritisierte die Opposition. „Hier wird ein Bild suggeriert, als handeln hier Menschen als Türöffner für Putins verabscheuungsvollen Angriffskrieg. Das zu unterstellen ist perfide.“ Das Thema Klimastiftung sei durch die Verbrennung von drei Steuerakten im Finanzamt Ribnitz-Damgarten erst hochgekocht. Koplín betonte, dass die Mitarbeiterin des Finanzamtes die Unterlagen erst verbrannt hatte, als sie erfahren habe, dass „Zweit-Originale“ im Haus und damit in Bearbeitung waren – „die Vernichtung also gar keinen Einfluss auf die Bearbeitung des Steuerverfahrens hatte.“

Die Mitarbeiterin habe ihren schweren Fehler verdecken wollen, damit sei jegliche politische Brisanz aus der Nummer raus. Es sei also nie um einen Skandal, sondern um ein individuelles Fehlverhalten gegangen. Die beschuldigte Beamtin habe ihr Fehlverhalten selbst angezeigt. Das Verfahren sei gegen Auflagen eingestellt worden. „Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft war aus unserer Sicht nicht nur fehlerfrei, sondern mustergültig.“

Die über achtstündige Sitzung des Rechts- und des Finanzausschusses habe in schockierender Weise offenbart, welcher Mangel an politischer Bildung

bei langjährigen Abgeordneten über grundlegende Dinge wie Gewaltenteilung, Zuständigkeiten und Verwaltungsabläufe vorherrschen, kritisierte Koplín.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende **René Domke** widersprach der Darstellung Barlens, dass die Opposition eine Schmutzkampagne lostrete. Vielmehr sei es die Regierung, die versuche, der Opposition eine Verschwörungstheorie anzuhängen. „Nach und nach kommt ein Detail nach dem anderen ans Licht.“ Wenn dann Fragen gestellt werden, weiche die Regierung aus.

Eine zentrale Rolle spiele für Domke die Verbrennung der Steuerakten. „Wir wissen nicht genau, was verbrannt wurde“, sagte er. Die Finanzbeamtin sei von der Staatsanwaltschaft nicht angehört und keine Zeugen vernommen worden. Es sei für ihn nicht nachvollziehbar, dass die Regierung nicht weiter auf Aufklärung gedrungen habe. „Nicht einmal der Tatzeitpunkt sei festgestellt worden.“

Die FDP wolle wissen, ob es bei der Gründung der Stiftung eine Einflussnahme von außen gegeben und wie weit diese in die Stiftung hineingereicht habe. „War das noch rechtsstaatlich?“ Dafür gebe es nun den PUA. Alle bekannten Fakten seien scheinbar herausgekommen. „Glaubwürdigkeit verliert man im Ganzen. Glaubwürdigkeit kriegen Sie scheinbar nicht wiederhergestellt.“

„Wir sind an Recht und Gesetz gebunden. Es obliegt nicht der Politik, über steuerrechtliche Sachverhalte zu ent-

scheiden“, betonte Finanzminister **Heiko Geue** (SPD). Dafür sei die Steuerverwaltung da. Die Klimastiftung sei zu keinem Zeitpunkt gemeinnützig gewesen. „Damit war eine automatische Befreiung von der Schenkungssteuerpflicht nicht gegeben.“ Ein wesentlicher Punkt bei der Prüfung zur Steuerbefreiung sei der Nachweis, dass die finanziellen Zuwendungen dem Klimaschutz und nur den Zwecken des Landes diene. „Das war aber laut Satzung nicht gegeben.“

Geue führte aus, dass die Finanzbeamtin die Steuererklärung zu einem Zeitpunkt verbrannt habe, als die Kopien der Erklärung seit Wochen dem Finanzamt vorlägen. Sein Ministerium habe Anfang April 2022 schnell reagiert und eine interne Revision veranlasst. Als die Beamtin Ende April gestanden hatte, in einer Panikreaktion die Unterlagen verbrannt zu haben, sei ein Disziplinarverfahren eingeleitet und bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige gestellt worden, berichtete Geue. Laut Staatsanwaltschaft sei durch die Verbrennung der Originalunterlagen keine Beeinträchtigung der Steuerprüfung erfolgt und es gebe darüber hinaus keine Hinweise auf politische Einflussnahme.

Der Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU (Ds. 8/1951) wurde mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Enthaltung der Fraktionen der SPD und DIE LINKE angenommen.

Lesen sie im Folgenden Auszüge aus der Originaldebatte.

■ Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Die Schenkungssteuer-
veranlagung wurde möglicher-
weise bewusst verzögert.“

Fotos: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete der demokratischen Fraktionen!

[...] Dem Untersuchungsausschuss liegt eine Aktennotiz zu einem Gespräch vor, das im April 2022 mit einem [...] Mitarbeiter des Finanzamtes Ribnitz-Damgarten geführt wurde. Er teilt danach mit, dass er und auch andere in seinem Haus unsere Auffassung der Steuerbefreiung teilen würden, allerdings zunächst eine [...] Veranlagung durch das Finanzministerium vor dem Hintergrund des anstehenden Untersuchungsausschusses [...] nicht erfolgen wird.

Das heißt, die Schenkungssteuerveranlagung wurde – möglicherweise jedenfalls – bewusst verzögert, [...] damit der Ausschuss diesen Vorgang dann nicht mehr prüfen kann. Das wäre schon ein ungeheuerlicher Vorgang, wenn sich das herausstellt. Und allein deswegen müssen wir den Untersuchungszeitraum ausweiten, um zu ermitteln, gab es in diesem Steuerverfahren den Einfluss oder nicht.

[...] Auch Ihnen müssen doch in der Sitzung von Finanz- und Rechtsausschuss noch Fragezeichen im Kopf geblieben sein. Wie können zwei voneinander getrennte Aktenlieferungen [...] im Abstand von sieben Monaten durch angebliches Anhaften von einer Büroklammer jeweils am selben Ort falsch verfälscht werden?

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP–
Heiterkeit bei Daniel Peters, CDU)*

Was war sonst noch im etwa einen Zentimeter dicken Aktenstapel, der im Kamin endete?

[...] Sind die von der Stiftung nachgereichten Kopien [...] identisch mit den Kopien aus dem Finanzamt Rostock [...]. All das

kann [...] nur durch eine Erweiterung des Untersuchungszeitraums und -auftrages wie in dem hier vorliegenden Antrag geklärt werden.

[...] Ich würde mich freuen, wenn Sie dem entgegen der gemachten Ankündigung doch zustimmen. Das würde dem Land, glaube ich, mehr helfen als der Vorwurf einer Schmutzkampagne. – Vielen Dank!

■ Constanze Oehlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Es ist, als hätte
die Nord Stream 2 AG [...] Pegel die Hand geführt.“



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen! [...] Schon die erste [...] Anhörung des [...] Untersuchungsausschusses zur „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“ [...] hat ergeben [...], Nord Stream 2 war für eine sichere Energieversorgung gar nicht nötig.

[...] Warum wurde die Pipeline dennoch gebaut? [...] Die Lobbytätigkeit der Nord Stream 2 AG war [...] sehr erfolgreich.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Aufschlussreich dazu ist der [...] E-Mail-Verkehr zur [...] Satzung der Stiftung [...]. In einer E-Mail vom 23. November 2020 schreibt der damalige Energieminister Christian Pegel [...]: „Ich habe mit den NoSt2-Vertretern gesprochen. Ihnen lagen drei Änderungen am Herzen, die ich eingefügt und gelb markiert habe.“ [...]

Alle drei Änderungen finden Eingang in den Satzungsentwurf. Es ist, als hätte die Nord Stream 2 AG [...] Pegel die Hand geführt.

*(Patrick Dahlemann, SPD: Anregungen!
Anregungen! Verstehen Sie das?)*

Letztlich zeigt die Korrespondenz,

(Julian Barlen, SPD: Am Anfang haben Sie was gegen Verschwörungstheorien gesagt. – Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

wie weitgehend die Landesregierung die Gasindustrie in politische Entscheidungsprozesse einbindet. [...]

LobbyControl hat [...] festgestellt, dass Akteur/-innen [...] in den Bereichen Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz [...] von [...] Entscheidungsträger/-innen in energiepolitischen Fragen

(Unruhe bei Daniel Seiffert, DIE LINKE)

häufig nicht in gleichem Maße angehört werden wie die großen Energiekonzerne und ihre Verbände. Das erschwere eine demokratische Regulierung im Sinne des Gemeinwohls.

[...] Sie – Frau Schwesig, [...] Herr Pegel [...] – (sollten) den privilegierten Zugängen der fossilen Industrie in die Politik ein Ende setzen, Lobbytreffen jeglicher Art transparent machen

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Jaja, das sagen Sie mal in Katar!)

sowie sich für Obergrenzen

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Den Saudis!)

und Offenlegungspflichten

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Tief bücken vor dem Scheich!)

beim Parteiensponsoring einsetzen,

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Wie peinlich!)

damit unsere Demokratie nicht noch mehr Schaden nimmt.

(Julian Barlen, SPD: Hat sie was zu Katar schon gesagt? – Zuruf von Michael Noetzel, DIE LINKE)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

■ Julian Barlen, SPD:

„Versetzen Sie doch sich bitte in diese Zeit!“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] Einen der Startschüsse zu dieser Schmutzkampagne hat zweifellos Frau Shepley

(Marc Reinhardt, CDU: Siehste!)

gleich im März 2022 quasi im Feuerschein der ersten russischen Angriffswellen auf die Ukraine gegeben mit der bis heute unübertroffenen, unverschämten Unterstellung, unsere Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern habe – Zitat Frau Shepley –

(Sebastian Ehlers, CDU: Ein Jahr her.)

„die Tür zu diesem Krieg ein Stück weit geöffnet“, Zitatende.

(Sebastian Ehlers, CDU: Ein Jahr her.)

[...]

(Zurufe von Torsten Koplín, DIE LINKE, und Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Shepley, die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern schütteln seither aber nur noch den Kopf.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Und auf die Entschuldigung für einen solchen unflätigen Totalausfall können wir wahrscheinlich lange warten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD, und Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eins,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

[...] belegt er aber, und das leider bis heute: Den Kriegsbe-

ginn hat Schwarz-Gelb-Grün bewusst genutzt,

*(Unruhe vonseiten der Fraktionen der CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU, und Daniel Peters, CDU)*

die größte Schmutzkampagne zu starten, die unser Bundesland erlebt hat.

(Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ooh!)

Und eine solche haben die Menschen, die hier in Mecklenburg-Vorpommern leben und arbeiten,

*(Zurufe von Daniel Peters und Marc Reinhardt, CDU
[...])*

*(Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU, und
Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

eine solche Kampagne haben die Menschen nicht verdient [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU, und René Domke, FDP)*

Und deshalb [...] sagen wir so glasklar, wie wir hier stehen und sitzen,

(Zuruf von Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

bei aller Kritik, [...] bei allen berechtigten, meinerwegen auch sogar unberechtigten Fragen,

(Sebastian Ehlers, CDU: Das dürfen wir noch, ja?)

es muss unter Demokratinnen und Demokraten im Interesse der Menschen hier im Land vor allem eines bleiben: sachlich,

(Sebastian Ehlers, CDU: Das sagt der Richtige!)

konstruktiv,

*(Beifall und Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der AfD, CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP –
Sebastian Ehlers, CDU: Das sagt der Richtige!)*

[f]aktenbasiert,

*(Beifall und Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der AfD, CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP –
Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Sebastian Ehlers, CDU: Das sagt der Richtige!)*

sachlich, konstruktiv und faktenbasiert.

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –
Sebastian Ehlers, CDU: Das sagt der Richtige! –
Glocke der Präsidentin)*

Und, meine Damen und Herren, das gilt immer [...].!

Präsidentin Birgit Hesse:

Einen Moment bitte noch mal, Herr Barlen!

(Heiterkeit bei Daniel Peters, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir befinden hier uns im Plenarsaal, in der Herzkammer der Demokratie. Wir alle haben uns entsprechend Regeln gegeben, wie wir hier miteinander umgehen, und ich bitte, diese Regeln auch zu befolgen, sonst unterbreche ich die Sitzung, weil das hat mit einem Parlament hier im Moment wenig zu tun.

(Sebastian Ehlers, CDU: Ja, das stimmt.)

Bitte, Herr Fraktionsvorsitzender! [...]

Julian Barlen, SPD:

[...] Und [...] das gilt eben auch mit Blick auf Nord Stream 2

*(Zuruf von Hannes Damm,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

und die Klimastiftung, wo inzwischen wirklich [...] jedes Kind weiß, worum es damals ging:

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

erstens um die Gründung einer Stiftung zum Schutz von Klima und Umwelt [...],

*(René Domke, FDP:
Das glauben Sie immer noch?! –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der FDP)*

zweitens um eine preiswerte und sichere Energieversorgung für ganz Deutschland und auch für Mitteleuropa

(Zuruf von Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und drittens um den wirksamen Schutz von am Bau beteiligten Unternehmen vor den angedrohten einseitigen

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD
und René Domke, FDP)*

und damals übrigens international scharf kritisierten Sanktionen der Trump-Administration [...]. Um diese drei Dinge ging es [...] um nichts anderes.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
René Domke, FDP: Wie viele Sanktionen gab es denn?)*

Und [...] ich möchte allen [...] mit ein paar Fakten zur damaligen Lage hier in Mecklenburg-Vorpommern auf die Sprünge helfen, ein bisschen aushelfen denen, die, wie beispielsweise die CDU, seit dem 24. Februar mit einem [...] ungesunden 180-Grad-Wendehals hier sitzen,

*(Sebastian Ehlers, CDU:
Da kennen Sie sich ja aus.)*



Foto: Uwe Sinnecker

Abgeordnete der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und AfD

an totaler Politamnesie leiden und mit Blick [...]

(Sebastian Ehlers, CDU: Damit kennen Sie sich ja aus, Thema LNG.)

[...] vor allen Dingen [...] auf ihr eigenes Handeln hier im Landtag erlogenermaßen

(Sebastian Ehlers, CDU: Aha!)

mit Begriffen wie „Marionetten“, „Verstrickung“,

(Sebastian Ehlers, CDU: Das wird nicht sanktioniert.)

„Schummelei“, „Tarnstiftung“ und dergleichen um sich schmeißen.

(Zurufe von Marc Reinhardt, CDU, und René Domke, FDP)

[...] Anfang 2021

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

war [F]orsa deutschlandweit repräsentativ zur Frage der Fertigstellung der Pipeline Nord Stream 2 im Feld [...]. In ganz Deutschland waren 75 Prozent der Befragten [...] für den Fertigbau.

(Zuruf von Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Im Osten waren es 87 Prozent.

(Zuruf von Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gibt es für wenige [...] Projekte, eine [...] Zustimmung von [...] fast 90 Prozent der Menschen. Okay, im Lager der

GRÜNEN [...] waren es damals nur 67 Prozent.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Versetzen Sie doch sich bitte in diese Zeit!

(Zuruf von Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vom einzelnen Bürgermeister bis zur Bundeskanzlerin, vom einzelnen betroffenen Unternehmen bis zum Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft waren sich alle einig –

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

den Sanktionen gegen das Projekt beugen wir uns nicht kampflös.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das [...] weiß wirklich jeder. Das war [...] Common Sense. Und ganz oben auf dieser Welle, auf dem Surfbrett, mit wehendem Haar, das war die CDU hier im Land und im Bund.

(Heiterkeit und Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

[...]

Wie kann denn eine Stiftung, meine Damen und Herren, die in aller Öffentlichkeit für Klimaschutz und die Fertigstellung von Nord Stream 2 gegründet wurde – und genau das getan hat und nichts als das getan hat –, bitte schön getarnt gewesen sein? Wer das glaubt, meine Damen und Herren, der glaubt an den Weihnachtsmann!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

■ Horst Förster, AfD:

„Die Frage, ob die Stiftung aufgelöst werden kann, ist allein eine rechtliche Angelegenheit.“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

[...]

*(Beifall und Heiterkeit
vonseiten der Fraktion der AfD)*

Das Projekt „Auflösung der Klimastiftung“ [...] ist nicht nur ein Anschlag gegen die Klimastiftung, sondern ein Anschlag gegen das Stiftungswesen generell und damit auch gegen den Rechtsstaat,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

denn die Stiftung ist nicht rechtskonform auflösbar, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür liegen nicht vor. [...] Die vom Landtag einstimmig beschlossene Stiftung war die Reaktion auf die rechtswidrigen und demütigenden Sanktionsandrohungen der USA gegen Nord Stream 2. Mit ihr gelang es, die Sanktionen zu umgehen und die Pipeline zu Ende zu bauen.

[...] Der satzungsgemäße Zweck der „Stiftung Klima- und Umweltschutz“ wird nicht dadurch infrage gestellt, dass der wesentliche Grund für die Stiftung darin lag, mit ihr die Sanktionen zu umgehen, denn nicht das im Vordergrund stehende Motiv ist entscheidend, sondern das, was in der Satzung steht und [...] tatsächlich gewollt war. Danach war und ist dauerhafter Zweck der Stiftung allein der Klima- und Umweltschutz. Die Fertigstellung der Pipeline war ein zeitweiliger Zweck des geschäftlichen Nebenbetriebs.

[...] Zwischenzeitlich ist dieser Geschäftsbereich abgewickelt und jeglicher Bezug zu Nord Stream durch die von der Stiftungsaufsicht genehmigte Satzungsänderung [...] gestrichen. Damit ist jeglicher Diskussion über den Stiftungszweck [...] definitiv der Boden entzogen. [...]

Die Ministerpräsidentin hält daran fest, [...] einen sogenannten Auflösungs Vorstand einzusetzen, der dann das Ende der Stiftung herbeiführen soll. Das ist [...] ein offen angekündigter Rechtsbruch und zugleich ein Anschlag gegen das Stiftungswesen überhaupt. [...]

Zur Begründung beruft sich die Landesregierung auf das Gutachten der Professorin Weitemeyer. Diese hält die Auflösung nicht nur für möglich, sondern sogar für geboten, und begründet dies damit, dass die [...] angestrebte Breitenwirkung der Stiftung durch die Verknüpfung mit dem russischen Angriffskrieg nicht mehr erreichbar sei. [...] eine [...] dünne Begründung, die exemplarisch für das steht, was man von einem Gefälligkeitsgutachten erwarten kann. [...]

Ein Weiteres kommt hinzu: Mit der Satzungsänderung, die als Heilung etwaiger Mängel einer Auflösung immer vorgeht, wurde Nord Stream [...] aus der Satzung entfernt. [...] Wie danach noch eine Auflösung begründet werden soll, wissen die Götter.

[...] Für die Ministerpräsidentin wird die Luft [...] dünner, denn sie hat mit der Ausrufung eines Auflösungs Vorstands deutlich gemacht, was sie erwartet, nämlich einen ihr genehmen Vorstand, der vollstreckt, was sie zu tun nicht wagte, und nicht einen Vorstand, der gesetzestreu prüft, was im Interesse der Stiftung geboten ist. Damit läuft sie Gefahr, sich wegen Anstiftung zur Untreue strafbar zu machen.

Dann haben wir noch die Justizministerin, die sich in einer äußerst misslichen Lage befindet. [...] die Stiftungsaufsicht [...] wird sich [...] zu entscheiden haben, ob sie [...] unabhängig und rechtsstreu die Genehmigung eines rechtswidrigen Auflösungsbeschlusses verweigert und damit in einen Konflikt mit der Ministerpräsidentin gerät oder ob sie dieser folgt und eine Strafbarkeit wegen Rechtsbeugung riskiert.

*(Heiterkeit bei Constanze Oehrich,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Meine Damen und Herren, man kann es so zusammenfassen: Putins Angriffskrieg, Nord Stream und alles damit Zusammenhängende und deren politische Bewertung sind das eine, die Stiftung mit ihrem inzwischen abgelegten Nebenbetrieb ist das andere. Beides zu vermischen, geht nicht. Die Frage, ob die Stiftung aufgelöst werden kann, ist allein eine rechtliche Angelegenheit. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

■ Franz-Robert Liskow, CDU:

„Die Vorgänge in MV sind so bizarr, dass sich sogar die „New York Times“ und die „Washington Post“ dafür interessieren.“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als sich die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP darauf verständigt haben, dass eine Sondersitzung des Landtages stattfinden muss, auch um den Auftrag des Untersuchungsausschusses zügig anzupassen, da schien das Anliegen eigentlich selbstverständlich. Ganz Deutschland redet darüber, dass in Mecklenburg-Vorpommern Steuererklärungen verbrannt wurden, und dann auch noch ausgerechnet die Steuererklärung einer Stiftung, und ich formuliere es mal neutral, die ein wenig ins Gerede gekommen ist. [...]

Sie von der SPD mögen das für unwichtig halten, ich stelle fest, die meisten Menschen in diesem Land sehen das anders. Es ist durchaus von Interesse, warum und möglicherweise auf wessen Veranlassung das Finanzamt Ribnitz-Damgarten plötzlich Schenkungssteuer verlangt. [...]

Anscheinend war die Information, dass die Steuererklärung verbrannt wurde, der Landesregierung mehr oder minder ein offenes Geheimnis. Die Justizministerin wusste es, der Finanzminister wusste es und mit ihnen Heerscharen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Jeder weiß, dass Frau Bernhardt, wenn es um die Stiftung geht, von der Staatskanzlei sehr eng begleitet wird. Aber weder Frau Bernhardt noch Herr Geue wollen die Ministerpräsidentin über die verbrannten Akten in Kenntnis gesetzt haben.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)



Der Abgeordnete Julian Barlen (SPD) kommentiert die Rede mit einem Zwischenruf.
Foto: Uwe Sinnecker

[...] Und dann ist da die Mitarbeiterin des Finanzamtes Ribnitz-Damgarten, die sich zwar eines schweren Vergehens schuldig gemacht hat, aber dieses immerhin ihrem Chef beichtete. Für die SPD bedeutet das: Schwamm drüber! Die allermeisten Menschen fragen sich allerdings schon, welches Klima in diesem Finanzamt insbesondere beim Thema Klimaschutzstiftung geherrscht haben muss, dass eine Mitarbeiterin derart in Panik geriet.

*(Daniel Seiffert, DIE LINKE:
Fass dir mal an die eigene Nase,
dann weißt du, woran es liegt! –
Zuruf von Julian Barlen, SPD)*

[...] Für die überregionale Berichterstattung, die nun schon seit Wochen andauert, kann ich nichts, kann der Landtag nichts. Die Vorgänge in Mecklenburg-Vorpommern sind schlicht so bizarr, dass sich sogar die „New York Times“ und die „Washington Post“ dafür interessieren,

*(Patrick Dahlemann, SPD:
Wie kommen die nur darauf?)*

was hier eigentlich passiert ist.

*(Unruhe bei Rainer Albrecht, SPD –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)*

Ich kann mir vorstellen, dass insbesondere Ihnen, Frau Schwesig, der Blick in die Zeitungen momentan nicht immer Freude bereitet. [...] in Deutschland herrscht Pressefreiheit.

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der CDU und FDP –
Sebastian Ehlers, CDU: Das ist gut so. –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)*

Und selbstverständlich fragt sich die Presse hier,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

was ist eigentlich los, wenn Innenminister Pegel behauptet,

*(Zurufe von Julian Barlen, SPD,
und Sebastian Ehlers, CDU)*

er habe die Satzung im Wesentlichen allein aus frei zugänglichen Quellen und zu Hause am PC entworfen, und es sich dann herausstellt, dass die Datei eine Signatur einer international tätigen Kanzlei enthält, die auch noch für Nord Stream 2 tätig ist.

[...] Nur, Sie, Frau Schwesig, haben damals im Landtag gesagt,

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

die Stiftung werde die Pipeline weder bauen noch betreiben. Sie, Herr Pegel, haben von einem „Baumarktregal“ gesprochen, das dem Schutz unserer heimischen Wirtschaft dienen soll,

*(Heiterkeit und Zuruf
von Patrick Dahleemann, SPD –
Sebastian Ehlers, CDU: Beides falsch!)*

und das auch nur, wenn die Sanktionen tatsächlich in Kraft treten. Ich kann mich nicht erinnern, dass das jemals der Fall war.

*(Julian Barlen, SPD: Was hat denn
Ihre Stiftungsministerin dazu gesagt?)*

Niemand hier im Landtag wird gewusst haben – und das wahrscheinlich auch die Kollegen von SPD und LINKEN –, was in der Stiftung eigentlich tatsächlich passiert ist, was Sie tatsächlich mit dieser Stiftung vorhatten,

*(Michael Noetzel, DIE LINKE:
Steht in der Satzung.)*

nämlich,

*(Julian Barlen, SPD: Steht in der
Satzung und auch in der Zeitung.)*

165 Millionen Euro in den Ostseesand verbauen und Schiffe mit australischen Spezialisten organisieren. Dass das Gros der Aufträge an Firmen in aller Welt gegeben wurde und nicht nach Mecklenburg-Vorpommern,

*(Sebastian Ehlers, CDU: Genau. –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)*

ist da nur noch eine Fußnote. [...]

■ Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:

„Der Landtag hat der Gründung der Stiftung am 7. Januar 2021 ohne Gegenstimmen [...] zugestimmt.“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! [...] Wir haben in den letzten Wochen viele Behauptungen, Unterstellungen bis hin zu Verschwörungstheorien gehört, [...] und ich möchte gerne die Aussprache nutzen, um auf die Fakten zurückzukommen. [...] Deutschland hat über viele Jahre den Bau der Ostseepipeline Nord Stream 2 befürwortet. Es ist falsch, wenn bei diesem Thema immer wieder mit dem Finger auf unser Land gezeigt wird. Es war die Bundesregierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel,

*(Zuruf von Hannes Damm,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

die den Bau der Ostseepipeline immer unterstützt hat. Die Kanzlerin hat sogar ganz persönlich 2021 mit Präsident Biden über ihre Fertigstellung verhandelt. [...] Außerdem hatte und hat Deutschland ehrgeizige Pläne. Wir wollen die Energiewende schaffen. Deutschland steigt aus der Atomenergie aus, Mitte April werden die letzten deutschen Atomkraftwerke stillgelegt, und das halte ich angesichts der Gefahren dieser Technologie und des auf Jahrtausende strahlenden Mülls, den keiner haben will, auch weiter für richtig. Hinzu kommt,

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...] dass wir auch die Kohleverstromung beenden. Und vor diesem Hintergrund war für die damalige Landesregierung klar, dass wir zwei Dinge brauchen, erstens den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien, [...] und zweitens Gas für den Übergang [...]. [...] Wir produzieren heute schon

doppelt so viel Strom aus erneuerbaren Energien, als wir selbst verbrauchen. Und wir ermöglichen die Einfuhr von Öl über Rostock und Gas über Lubmin.

(Rainer Albrecht, SPD: Sehr richtig!)

[...] Aber es ist falsch, vor allem wenn Ihre Parteifreunde in Berlin und auch Sie hier im Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, den Eindruck erwecken, als hätte es nur in Mecklenburg-Vorpommern Fehleinschätzungen über die Absichten Russlands gegeben, als hätten wir uns quasi am Rest von Deutschland vorbei allein für die Fertigstellung der Ostseepipeline eingesetzt. Das ist Unsinn, das wissen Sie! Sie führen eine Kampagne auf dem Rücken der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. [...] Die Landesregierung hat sich bei der Gründung der „Stiftung Klima- und Umweltschutz“

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

immer im Rahmen der Beschlüsse dieses Hohen Hauses bewegt. [...] Ich will das insbesondere für alle außerhalb unseres Landes noch einmal wiederholen: Der Landtag hat der Gründung der Stiftung am 7. Januar 2021 ohne Gegenstimmen

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der LINKEN zugestimmt. [...] Der Geschäftsbetrieb der Stiftung ist mittlerweile abgewickelt. Was noch fehlt, ist das letzte Testat von unabhängigen Wirtschaftsprüfern. Der Vorstand der Stiftung hat angekündigt, danach zurückzutreten. Und das entspricht der gemeinsamen Erklärung der Landesregierung und des Vorstands der Stiftung. [...]

Die Landesregierung hat die vom Parlamentarischen Untersuchungsausschuss angeforderten Unterlagen zusammengestellt und übergeben: 68,6 Gigabyte, mehrere Tausende Dokumente, Hunderttausende von Seiten. [...] Selbstverständlich stehen wir auch für alle Fragen zur Verfügung. [...]

Die Bürgerinnen und Bürger haben sich in der Landtagswahl 2021 ganz klar entschieden. [...] Und die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes können darauf vertrauen, dass ich als Ministerpräsidentin gemeinsam mit unserer MV-Koalition diesem Wählerwillen gerecht werde

(Sebastian Ehlers, CDU: Rot-Rot!)

und die Verantwortung weiter für unser Land trage [...].

■ Torsten Koplín, DIE LINKE:

„Politische Bildung ist angezeigt.“



Foto: Uwe Sinnecker

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! [...]

Warum das Thema Klimaschutzstiftung in den letzten Wochen so hochkochte, war die Vernichtung von drei Steuererklärungen durch eine Mitarbeiterin

(Sebastian Ehlers, CDU: Darum geht's heute.)

im Finanzamt Ribnitz-Damgarten.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Jedenfalls berichtete der „Cicero“ hierzu, zitierte aus vertraulichen Unterlagen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Der Skandal schien perfekt. Was der „Cicero“ jedoch unterschlug, war, dass die Erklärungen verbrannt wurden, als die Mitarbeiterin bereits erfahren hatte, dass Zweitoriginale im Haus und in Bearbeitung waren, die Vernichtung also gar keinen Einfluss

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

auf die Bearbeitung des Steuerverfahrens hatte.

*(Stephan J. Reuken, AfD:
Na dann ist es ja egal! – Zuruf von
Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Dies tatsachengetreu wiederzugeben, hätte natürlich sofort klagemacht, dass eine Mitarbeiterin der Finanzverwaltung ihren individuellen, wohlgermerkt schweren Fehler zunächst verdecken wollte. Dann aber wäre jegliche politische Brisanz aus der Nummer raus. Wir hatten es nie mit einem Skandal zu tun, sondern mit einem ernsten Fehlverhalten.

Einigkeit besteht darüber, dass ein solches Fehlverhalten untersucht und geahndet werden muss. In Behörden dürfen einfach keine Unterlagen verschwinden, das ist wohl klar. Ob-

wohl der Finanzminister das in seiner Pressekonferenz am 28. Februar schon mitgeteilt hatte, führten wir am 3. März noch eine Sondersitzung von Rechtsausschuss und Finanzausschuss durch, war hier jetzt mehrfach angesprochen worden.

(René Domke, FDP: Ja, weil hier das Parlament ist, nicht in der Pressekonferenz.)

Da waren dann auch der zuständige Oberstaatsanwalt und der Vorsteher des Finanzamtes Ribnitz-Damgarten dabei und legten den Sachverhalt aus Sicht der Behörden dar [...] Die Staatsanwaltschaft hatte – ich setze mal fort – Ermittlungen in alle denkbaren Richtungen vorgenommen. Die Beschuldigte hatte ihr Verhalten jedoch de facto selbst angezeigt. Folglich war das Verfahren gegen Auflagen eingestellt. Das Verfahren der Staatsanwaltschaft war aus unserer Sicht nicht nur fehlerfrei, sondern mustergültig.

(Torsten Renz, CDU: Ja.)

Und das hier mal zu würdigen, denke ich, ist auch der Ort, sehr geehrte Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

[...] Das Fehlverhalten wurde erkannt und aufgearbeitet.

Meine Damen und Herren, es bleibt festzuhalten, dass abgesehen vom Eingangsfehler der Finanzmitarbeiterin auch das Handeln von Finanzbehörden und Finanzministerium völlig in Ordnung war. Die Korrekturmechanismen für individuelle Fehler haben funktioniert. Die über achtstündige Sitzung des Rechts- und des Finanzausschusses hat jedoch schockierenderweise offenbart, welcher Mangel an politischer Bildung bei langjährigen Abgeordneten über solche grundlegende Dinge wie Gewaltenteilung, Zuständigkeiten und Verwaltungsabläufe vorherrschen. Wir haben ja jetzt das Protokoll vorliegen, mehrere Hundert Seiten. Und wenn man sich das mal anschaut und die Fragen anschaut, wer welche Fragen da gestellt hat, der wird mit Verblüffung feststellen, wie gering ausgeprägt Staatsverständniserkenntnisse darüber sind, welche Behörde mit was befasst ist und wie ein Staat funktioniert. Also politische Bildung ist sehr angezeigt bei einigen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Sebastian Ehlers, CDU: Beispiel! Sagen Sie mal ein Beispiel!)

[...] Ja, es stehen Vorwürfe im Raum, aber doch nur solche, die Sie selbst dahingestellt, selbst konstruiert, die Sie selbst erfunden haben, hingestellt auf Basis purer Spekulation ohne jegliche Anhaltspunkte. Es wirkt wie eine billige Masche: mit Halbwahrheiten an Journalistinnen und Journalisten treten, einen mutmaßlichen Skandal in den Raum stellen und mit diesem als Begründung dann Aufklärung verlangen wollen. In einem demokratischen Rechtsstaat gehört sich so etwas nicht, er wird durch Ihr Agieren beschädigt [...]

■ René Domke, FDP:

„Das waren knallharte Wirtschaftsinteressen, das waren knallharte geopolitische Interessen.“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] gemeinwohlorientierter Zweck der Stiftung, der wurde ja wohl offensichtlich eher willkürlich festgelegt, denn wir haben ja die Unterlagen, [...]. [...],

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

[...] 200.000 Euro für Klima- und Umweltschutz und Naturschutz. [...] Wie wollte man den Stiftungszweck denn wohl erfüllen [...] das Vertrauen, dass 20 Millionen Euro aus Russland kommen, damit diese Zweckverwirklichung überhaupt eingehalten werden kann, nur damit war sie eintragungsfähig [...]. [...] hat sich nicht die russische Seite

(Julian Barlen, SPD: Man wusste, woher das kam. – Philipp da Cunha, SPD: Man wusste es.)

[...] damit auch Einfluss gesichert? Das ist die Frage, die wir beantworten möchten.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Deswegen haben wir einen Untersuchungsausschuss.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

[...] Das waren knallharte Wirtschaftsinteressen, [...]

(Daniel Seiffert, DIE LINKE: Genau.)

das waren knallharte geopolitische Interessen,



Foto: Uwe Sinnecker

René Domke (FDP) während seiner Rede

(Patrick Dahlemann, SPD:
Wieder ein Vorwurf von der FDP!)

[...] für die sich die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen [...] haben einspannen lassen.

(Daniel Seiffert, DIE LINKE:
Die deutsche Bundesregierung.)

Die Wahl der Rechtsform einer Stiftung, das ist auch interessant [...]. Es gibt [...] entsprechende Klauseln, im Grunde alles [...] nicht mit dem Sinn einer Stiftung vereinbar. [...] die Darstellung des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs mit einem Auftragsvolumen von [...] 165 Millionen Euro [...] als Nebenzweck einer gemeinwohlorientierten Stiftung ist doch offensichtlich gewesen: Es war eine Gestaltung zum Verschleiern. [...].

(Zuruf von Daniel Seiffert, DIE LINKE)

[...].

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

[...]. Wir müssen [...] keine Schmutzkampagne fahren, das haben [...] Stiftungsvorstand und Landesregierung im Wechselspiel sogar selber hinbekommen. [...]. [...] Die Glaubwürdigkeit des Stiftungsvorstands wurde in Zweifel gezogen, weil eine angeblich abgegebene Schenkungssteuererklärung nicht vorhanden war. [...]. Am Ende hatte der Stiftungsvorstand aber recht, die Erklärungen waren abgegeben [...]. [...].

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Was?! Die waren doch da. –
Zuruf von Daniel Seiffert, DIE LINKE)

[...] Finden Sie es nicht aufklärungsbedürftig, wenn monatelang das ganze Land, die ganze Bundesrepublik rätselt, wo diese Steuererklärungen sind

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

[...] Die Information über verbrannte Steuererklärungen und die eingeleiteten Maßnahmen und das mit der Einstellung gegen eine geringe Geldauflage beendete Strafverfahren gegen eine Beschuldigte [...], das kam [...] erst nach Aufklärungsdruck. [...]

(Sebastian Ehlers, CDU:
So ist es. Öffentlich gemacht! –
Daniel Peters, CDU: So!)

[...] Da frag ich doch mal [...] nach dem Motiv. [...]. [...] es ist ja niemals ermittelt worden, hat die Beschuldigte zum Beispiel selbst auch gegen das Steuergeheimnis verstoßen. [...].

(Beifall und Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

[...] warum wurde das nicht ermittelt, warum wurde darüber nicht berichtet.

(Horst Förster, AfD: Ist das
relevant für die Stiftung?)

Die Staatsanwaltschaft hat gesagt, es gab eine Geldauflage und wir haben zugemacht. Nicht einmal der Tatzeitpunkt wurde festgestellt!

(Patrick Dahlemann, SPD: Sie hinterfragen
jetzt die Arbeit der Staatsanwaltschaft. Ja,
Sie hinterfragen jetzt die Arbeit?! Wahnsinn!)

[...] Wir sind nicht am Ende der ganzen Aufklärerei. [...] Hören Sie aber auf, uns eine Schmutzkampagne zu unterstellen, denn das ist es nämlich nicht! [...]



Innenminister Christian Pegel während der Aktuellen Stunde anlässlich des zweijährigen Jahrestages des Brandes in der Schweineanlage Alt Tellin.

Foto: Uwe Sinnecker

Zwei Jahre nach Inferno in Alt Tellin

Debatte über bessere Bedingungen bei der Nutztierhaltung

Im März 2021 brannte im vorpommerschen Alt Tellin eine der größten Tierhaltungsanlagen Deutschlands ab. Mehr als 60.000 Schweine konnten nicht gerettet werden. Die genaue Brandursache wurde nicht ermittelt; es blieb beim Verdacht der fahrlässigen Brandstiftung. Auf Veranlassung des Innen- und Landwirtschaftsministeriums widmete sich eine interministerielle Arbeitsgruppe der Sicherheit in der Tierhaltung. Auch auf Bundesebene engagierten sich die beiden Minister. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war das zu wenig. Anlässlich des zweiten Jahrestages der Tragödie beantragte die Fraktion eine Aktuelle Stunde zum Thema „Zwei Jahre nach Inferno Alt Tellin: Sind Nutztiere jetzt vor Flammentod sicher?“. Welche Lehren wurden gezogen und in konkretes Handeln umgesetzt, wollte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wissen.

Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erinnerte die Landesregierung an ihre „Hausaufgaben“ beim Brandschutz für Tierhaltungsanlagen. Die „zentrale“ Forderung sei, dass für neue und bestehende Ställe die Landesbauordnung und das Tierschutzgesetz eingehalten würden. Da hätten die aktuellen Regeln in MV „noch sehr viel Luft nach oben“. Landwirtschaftspolitik müsse ein Einkommen für die Landwirte mit tiergerechter Haltung garantieren.

Die Stallanlage in Alt Tellin wurde im Einklang mit dem Sonderbauparagrafen der Landesbauordnung genehmigt, versicherte Innenminister **Christian Pegel** (SPD). Er habe auf Bundesebene vergeblich versucht, eine Anpassung dieses Paragrafen zu erreichen. Darum habe die interministerielle Arbeitsgruppe des Landes einen Erlass entworfen, der sich

in der Abstimmungsphase befinde. Damit werde eingelöst, „was wir damals versprochen haben“.

Alt Tellin sei auf dem neuesten technischen Stand gewesen, bekräftigte Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** (SPD). Sein Ministerium fördere nur Tierhaltung „mit den höchsten Maßstäben“, deutlich über den europäischen. Dennoch würden solche „reinen industriemäßigen Anlagen“ heute nur noch mit Zustimmung der Gemeinde genehmigt. Auch wenn die Größe der Anlage nicht die Brandursache war, werde Alt Tellin nicht wieder aufgebaut.

Enrico Schult (AfD) begrüßte, dass die Gemeinden jetzt mitentscheiden dürften. Damit sei „ein Schritt in die richtige Richtung“ getan. Es ginge nicht „generell gegen die Tierhaltung“, aber es sei wich-

tig, den Bürgern und den Gemeindevertretungen, „mehr Mitspracherecht einzuräumen“. Dass der neue Brandschutzergänzung immer noch in Arbeit sei, dauere „einfach zu lange“. Da hätte sich seine Fraktion „ein bisschen mehr Aktivität gewünscht“.

„In Alt Tellin ging es um finanzielle Interessen einiger weniger“, erklärte **Dirk Bruhn** (DIE LINKE). Er erinnerte an die Proteste gegen die Anlage. Jedem seien die technischen und personellen Grenzen dieser industriellen Tierhaltung, die „nichts mit bäuerlicher Landwirtschaft zu tun habe“, bewusst gewesen. Die nun nötigen Handlungsempfehlungen betreffen Bundes- als auch Landesrecht. Dennoch: „Eine Erhöhung der Standards gibt es nicht zum Null-Tarif“.

Thomas Diener (CDU) kritisierte die mangelnde Unterstützung des Bundesministeriums für Landwirtschaft für die Sicherheit von Stallanlagen oder das Tierwohl. Er forderte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf, das Tierwohl „bis zum Ende zu denken“. Wenn in Deutschland Tier-

bestände aus Kostengründen stetig zurückgingen, aber die Aufzucht ins Ausland mit schlechten Standards verlagert werde, hätten weder Mensch noch Tier gewonnen.

Aufgrund der Uneinigkeit auf Bundesebene erarbeiteten jetzt 13 Bundesländer mit hohem personellem Aufwand ihre jeweils eigenen Bau- und Brandschutzrichtlinien, schlussfolgerte **Dr. Sylva Rahm-Präger** (SPD). Es müsse gelingen, die Tierhaltung in unserem Land zu halten. Außer ein „Outsourcen“ der Probleme, hätten wir nichts erreicht, wenn unser Schweinefleisch künftig aus Spanien oder Südamerika komme.

Diese Tragödie habe zu einem Imageschaden der Tierhaltung in ganz Deutschland geführt, berichtete **Sandy van Baal** (FDP). Die deutschen Schweinehalter sähen zunehmend keine Zukunft mehr für die Tierhaltung. Grund seien die vielen Auflagen, fehlende Perspektiven und keine Planungssicherheit. „Der größere Hebel“ für mehr Tierwohl in der Schweinehaltung wären die überfäll-

ige Anpassung des Baugesetzbuches sowie klare, langfristige Aussichten.

Nach Ansicht von **Jens Schulze-Wienbrauk** (AfD) hätte die Anlage Alt Tellin keine Betriebszulassung erhalten dürfen. So seien die erforderlichen Gülle-Zwischenlager in Stallnähe, statt auf Abstand gebaut worden. Diese Konzentration an einem Standort verursachte ein hohes Verkehrsaufkommen im Ort. Da seien Obergrenzen notwendig. Im Interesse der deutschen Landwirte plädierte er für Qualitätsstandards bei Fleischimporten.

Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) war mit den Erläuterungen der Minister unzufrieden. Sie könne nicht akzeptieren, dass es nicht am Brandschutzkonzept gelegen habe. Genauso wenig sei einzusehen, warum die Arbeit am Brandschutzergänzung mehr als zwei Jahre gedauert habe. Es sei Zeit zum Handeln.

*Lesen Sie im Anschluss
Auszüge aus der Originaldebatte.*

■ Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Tierhaltung muss so sicher gemacht werden!“

Fotos: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete [...]! Fast zwei Jahre ist es nun her. [...] Eine der größten Tierhaltungsanlagen Deutschlands stand in Flammen. [...] Das, was [...] Kritiker/-innen dieser Form der Tierhaltung viele Jahre befürchtet hatten, war nun tragische Realität geworden. [...] Wir haben dieses Thema für die heutige Aktuelle Stunde beantragt, weil wir diesem furchtbaren Ereignis Gedenken zol-

len wollen. Wir wollen den Tieren den Respekt zollen, der ihnen [...] zusteht. [...]

[...] Und deshalb wollen wir [...] bilanzieren, was sich denn getan hat zwei Jahre nach [...] Alt Tellin.

Bis heute konnte nicht eindeutig geklärt werden, warum der Brand [...] ausgelöst wurde. Allerdings ist eine Sache nicht von der Hand zu weisen, nämlich, dass das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt, [...], zahlreiche Abweichungen von den (...) geltenden Brandschutzregeln genehmigt hatte.

[...] Zwei Beispiele [...]: Paragraph 30 Absatz 2 der Landesbauordnung fordert, alle 40 Meter Brandwände einzuziehen. [...] Alt Tellin hatte diese Wände nicht. Wie kann es sein, dass keines der tragenden Bauteile in der Megaanlage irgendeine Feuerwiderstandsklasse hatte, obwohl die Landesbauordnung mindestens die sogenannte F30 fordert? [...]

Wie kann es [...] sein, dass [...] Tierhaltungsanlagen genehmigt werden, die nicht den geforderten Brandschutz aufweisen? [...] Sie, Minister Backhaus, haben nach der Brandkatastrophe viel angekündigt, [...] Fakt ist [...], dass wir immer noch auf einen Erlass zum Brandschutz in Tierställen warten. Fakt ist [...], dass die LFD-Holding bereits wieder Baupläne verbreitet [...]. [...] Fakt ist auch, dass wir von einer [...] interministeriellen Arbeitsgruppe oder von einem Fachbeirat [...] überhaupt noch nichts gehört haben. [...] Statt die bisherigen Fehler einzugehen, überlässt es die Landesregierung weiterhin den Gerichten, [...] über die notwendigen Rettungsmaßnahmen von Schweinen im Brandfall zu urteilen.

[...] Das ist falsch und das ist keine gute Regierungsarbeit! [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...]

(Thore Stein, AfD: Bitte!)

[...] Niemand hier in diesem Saal würde nur eine Sekunde zögern, einen Wirtschaftsbetrieb zu schließen, in dem der Brandschutz für die Mitarbeiter/-innen nicht gewährleistet ist. [...] Warum ist das bei Tieren anders? [...]

[...] Seit vielen Jahren liegen Vorschläge für besseren Brandschutz auf dem Tisch: automatische Brandmelder, feuerfeste Materialien und Feuerschutztüren, Brandmauern, [...] Fluchttüren, Sprinkleranlagen, eine ausreichende Löschwasserversorgung [...].

[...] Deshalb appelliere ich [...] eindringlich an die Landesregierung: Machen Sie dringend [...] Ihre Hausaufgaben! [...] Tierhaltung muss so sicher gemacht werden, dass sich ein Alt Tellin [...] nicht mehr wiederholen kann. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] Ich danke Ihnen [...].

*(Beifall vonseiten der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Präsidentin Birgit Hesse:
Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Am Ende der Debatte

Präsidentin Birgit Hesse:

Das Wort hat jetzt noch mal für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Shepley.

Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Es ist nun mal so, dass wir hier in M-V die größte Brandkatastrophe in einem Megastall hatten. [...] Da kann man sich [...] nicht hinstellen und auf die fehlende Unterstützung vom Bund und von den anderen Bundesländern abstellen [...]. Dann, verehrter Minister Backhaus, [...] ist es einfach nicht ausreichend, dass zwei Jahre, [...] nach dieser Brandkatastrophe Sie in Ihrem Ministerium noch nicht mal mit den Ressortabstimmungen für den Brandschutzterlass durch sind. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)*

[...]



Der Landtag kann an Sitzungstagen wie auch in der sitzungsfreien Zeit besucht werden. Interessierte können sich telefonisch unter 0385-525-2105 oder über die E-Mail-Adresse besucherdienst@landtag-mv.de anmelden.

Foto: Uwe Sinnecker

Präsidentin Birgit Hesse:

Frau Shepley, ich würde Sie bitten, zum Plenum zu reden und nicht zu den Ministern. Danke!

Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

[...] Wir haben einen Brand gehabt, der innerhalb von wenigen [...] Stunden die Gebäude abgebrannt hat, die Tiere konnten aufgrund mangelnder Fluchtwege nicht gerettet werden. Und wir haben hier Minister, die sich hinstellen und sagen, also am Brandschutzkonzept hat das nicht gelegen. [...] Das kann ich so nicht akzeptieren!

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Fakt ist, die Genehmigungsbehörden in diesem Land, die haben die Möglichkeit, Brandschutzkonzepte zu fordern, die strenger sind. Doch das tun Sie nicht. [...]

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)
(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)*

[...] M-V hat eine Verantwortung, und wir wollen [...] zwei Jahre nach Alt Tellin [...], dass sie eingehalten wird. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)*

Präsidentin Birgit Hesse:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

■ Minister Dr. Till Backhaus:

„Der schreckliche Brand in Alt Tellin war und ist eine Tragödie für die Tiere.“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! [...]

Ich bleibe bei meiner Kernaussage, der schreckliche Brand in Alt Tellin war und ist eine Tragödie für die Tiere und auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in dem Betrieb gearbeitet haben. [...]

Zu den Fakten nur noch mal kurz: Alt Tellin, ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht, war auf dem neuesten technischen Stand, den es in Deutschland gibt, [...] solche reinen industriemäßigen Anlagen, [...] die keine Flächenbindung haben, werden heute ohne die Zustimmung der Gemeinde nicht mehr genehmigt.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...] Punkt 2: Das Feuer konnte sich dort sehr schnell ausbreiten, sodass kaum Rettung bestand. [...] Fehlverhalten im Übrigen innerhalb des Unternehmens – auch das hat das staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren ergeben – konnte nicht nachgewiesen werden. [...] Ich nehme eines zur Kenntnis: Die Größe der Anlage war nicht ursächlich für den Brand verantwortlich.

[...] Im Übrigen haben wir dafür gesorgt über das StALU, dass die vollständige Beseitigung der gesamten Anlage vorgenommen wird. Und ich sage hier in aller Klarheit, diese Anlage wird nicht wieder aufgebaut.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...] wir fördern im Übrigen Tierhaltung nur noch in Mecklenburg-Vorpommern [...] mit den höchsten Maßstäben, und

die liegen deutlich über dem, was die europäischen Grundlagen festgelegt haben, [...]

Im Übrigen will ich auch die politischen Initiativen hier noch mal deutlich untersetzen. Am 05.05.21 – 21! – ist Mecklenburg-Vorpommern in den Bundesrat gegangen. [...] Und am 25.06. ist diese Entschließung dann – 21 – getroffen worden. Am 11.06.21 bin ich dann mit in die Agrarministerkonferenz gegangen mit dem Ziel, eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe auf Staatssekretärs- und Abteilungsleitererebene aller Bundesländer einzusetzen. [...]

In der Frühjahrsagrarministerkonferenz 22 ist dann eine abgestimmte Endfassung dieses Berichtes vorgegeben und vorgelegt worden, wo im Übrigen 31 Lösungsansätze – 31! – von uns erarbeitet worden sind mit dem Ziel, solche schrecklichen Situationen möglichst zu verhindern und sie nicht wieder entstehen zu lassen. [...]

[...], unserem Ministerium liegen zurzeit keinerlei Pläne für ein erneutes Tierhaltungsprojekt am Standort Alt Tellin vor. [...] Und insbesondere ist der gleiche Wiederaufbau im Rahmen der Altgenehmigung faktisch und rechtlich ausgeschlossen. [...] Und ganz zum Schluss: Ich möchte an dieser Stelle wirklich auch noch mal eine Lanze brechen für die Tierhaltung. [...] die Fakten, die Sie auch ersehen können bei der Tierhaltung: bei Rindern ein Minus von über 60 Prozent seit 1990. [...], die gesamte Wertschöpfungskette ist im Wesentlichen verloren gegangen. [...] Bei der Schweinehaltung: Sind Ihnen die Zahlen präsent? 1990 hatten wir in Mecklenburg-Vorpommern 2,7 Millionen Schweine. Wie viele haben wir heute, Frau Shepley? 560.000 – den Tiefstand seit Bestehen des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

In Deutschland wird im Übrigen auch durch die Politik des Bundeslandwirtschaftsministeriums ein massiver Tierabbau betrieben, der dazu führt, im Übrigen,

(Heiterkeit und Zuruf von Torsten Renz, CDU)

dass wir in der Zukunft das Schweinefleisch aus Spanien oder aus Brasilien [...] Wir sollten nicht in die Falle laufen, dass die Ernährungsgrundlagen für Deutschland und Europa in der gleichen Weise über Bord geworfen werden wie die Fehler, die wir in Teilen, was die Energieversorgung anbetrifft, machen. [...] Herzlichen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

■ Dirk Bruhn, DIE LINKE:

„Mehr Tierwohl, wirksamer Brandschutz und Tierrettung“

Fotos: Uwe Sinnacker



Sehr geehrte Damen und Herren, [...] Die Katastrophe muss Anlass sein, über Neues nachzudenken, über Obergrenzen für Ställe und auch Obergrenzen für den Standort. Die Infrastruktur der Gemeinden wird durch zu große Anlagen massiv beeinträchtigt. Stattdessen gilt es, Menschen, Tier, Umwelt in Einklang mit der landwirtschaftlichen Produktion zu bringen. [...]

Als Landwirt, als Bürgermeister von Siedenbrünzow in unmittelbarer Nachbarschaft des Brandortes und als Verfechter einer ökologisierten Landwirtschaft zerreißt es mich angesichts der Katastrophe. Die Bilder des Brandtages zeigen, Interessen der Menschen vor Ort, Interessen der Gemeinden, Interessen der Umwelt und Interessen der gehaltenen Tiere waren bestenfalls eine Randerscheinung. In Alt Tellin ging es um finanzielle Interessen einiger weniger. Um es ganz deutlich zu sagen, diese Schweineanlage hat nichts mit bäuerlicher Landwirtschaft zu tun!

[...] Industrielle Tierhaltung ist ein berholtes Modell und mit Tierwohl, mit Klima- und Umweltschutz sowie den Interessen der Menschen in ländlichen Regionen nicht vereinbar. Die Mahnwachen gegen eine Wiedereinrichtung dieser Tierhaltung und Proteste gegen Massentierhaltung zeigen das eindrucksvoll. LINKE und SPD treten ein für eine regional verankerte Landwirtschaft mit hohen sozialen und ökologischen Standards, eingebunden in kooperative Lieferketten, mit regionaler Verarbeitung und Vermarktung. Deutlich mehr Tierwohl, wirksamer Brandschutz und Tierrettung gehören ebenso dazu wie ein wirtschaftliches Auskommen für die Betriebe.

[...] die Bndnisgrnen nahmen die Brandkatastrophe zum Anlass, um zu kritisieren, dass Tiere nach wie vor nicht sicher vor dem Feuertod sind. Und ja, diese Kritik teile ich. Aber diese Kritik richten die Bndnisgrnen hauptsächlich an die falsche



Abgeordnete der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP

Adresse. Der Ergebnisbericht der Ad-hoc-Arbeitsgruppe, die Schlussfolgerungen und Handlungsbedarf aufgrund mehrerer Brandkatastrophen in großen Tierhaltungsanlagen erarbeitet hat, ist maßgeblich auf Initiative und unter Federführung von Minister Backhaus und seinem Ministerium zustande gekommen.

(Marc Reinhardt, CDU: Aha!)

Im Fokus der Arbeitsgruppe stand Regelungsbedarf bei Tiererschutz, bei der Brandvorbeugung und -bekämpfung sowie der Tierrettung. Der Endbericht liegt vor. [...] Die Handlungsempfehlungen betreffen sowohl Bundesrecht als auch Landesrecht. Bundessache und in Zuständigkeit des Bundeslandwirtschaftsministers sind Änderungen im Tierschutzgesetz und der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung. Bundessache ist ebenso das Immissionsschutzrecht im Verantwortungsbereich von Bundeswirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck.

[...] Ich appelliere also an die Bndnisgrnen, die deutliche Kritik insbesondere an die Bundesebene zu richten. Aktuell wird am Umbau der Nutztierhaltung gearbeitet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was kann das Land M-V selbst tun, um den Brandschutz zu verbessern? Es können untergesetzliche Regelungen getroffen werden. Der für Bau zuständige Minister Pegel erläuterte gerade, dass eine Richtlinie vorgesehen ist, die Anforderungen an den Brandschutz in Tierhaltungsanlagen vorschreibt, Ländersache, auch die Landesbauordnung. [...] Die Erfahrungen aus verheerenden Bränden müssen zwingend genutzt werden. So ermöglichen Rettungsgassen und ein ausreichender Abstand der Ställe der Feuerwehr einen ungehinderten Zugang und ein Umfahren. Verwendetes Material darf im Brandfall nicht schmelzen oder tropfen. Die Anordnung von Toren muss eine Evakuierung überhaupt ermöglichen. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

■ Thomas Diener, CDU:

„Tierwohl und Tierschutz ist für meine Fraktion nicht teilbar.“

Foto: Uwe Srinnecker



[...] Herr Özdemir als zuständiger Landwirtschaftsminister hat in diesem Bereich wenig getan, um die Sicherheit in Stallanlagen zu erhöhen oder das Tierwohl an der Stelle auch zu verbessern. Ich nenne mal die Beispiele Tierkennzeichnungsverordnung oder [...] die Einbeziehung von Puten zum Beispiel in die Tiernutzungsverordnung. [...] Inzwischen wird also für jeden Tierplatz, Schweineplatz im Bereich des Tierwohls, der hier abgebaut wird, ein Platz in Spanien aufgebaut. [...]

Auch sind weitere Initiativen nicht gestartet worden, die zum Beispiel das unerlaubte Eindringen in Stallanlagen oder das Manipulieren von Belüftungsanlagen verhindern. Oftmals ist es ja so, dass das ein kleiner Weg ist vom Einbruch in den Stall bis zu weiteren Dingen. Wir haben also davon gehört eben auch, dass die Brandursache im Bereich Alt Tellin letzten Endes nicht 100-prozentig aufgeklärt werden konnte. Auszugehen ist zumindest davon, dass ein technischer Defekt wohl nicht die Ursache gewesen ist, sondern dass von fahrlässiger Brandstiftung auszugehen ist. [...] Aber da muss ich auch noch mal [...] die Ausführungen von Minister Dr. Backhaus wiederholen, es ist bis heute auch nicht nachzuvollziehen, was das in einer Art und Weise mit der Größe der Anlage zu tun hat. Das wird ja schnell in Zusammenhang gebracht.

[...] Es klang ja eben vorhin auch schon an, dass ja Fragen der Tierhaltung und des Fleischessens [...] in der Regel dazu führen, dass die Tierbestände rückläufig sind, stark rückläufig sind. [...]

Das heißt, die Landwirtschaft an der Stelle ist in der Regel nicht mehr wettbewerbsfähig und hat auch die Kostenstruktur dann nicht mehr im Griff. Das führt also letzten Endes dazu, dass also die Tiere, die bei uns nicht mehr gehalten werden, woanders gehalten werden. [...] Alles nicht schön, aber

hier hat man sich ein schönes Gewissen erkaufte, ein grünes Gewissen erkaufte und steht also dann vor dem Problem, dass man auch in weiten Teilen Ernährungssicherheit auf diese Art und Weise nicht mehr darstellen kann,

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der AfD und CDU)*

weder im pflanzlichen Bereich noch im tierischen Bereich.

Insofern muss man schon mit Augenmaß rangehen, was die Größe von Tierhaltungsanlagen anbelangt. Das ist sicherlich völlig richtig, dass da der Brandschutz weiter nach vorne getrieben werden muss. [...]

Allerdings, das wurde auch schon angesprochen, hat meine Fraktion bereits im Jahr 2021 einen Entschließungsantrag mit in den Bundesrat eingebracht, der Bestandsobergrenzen für Tierhaltungsanlagen vorsah. [...] Dieser Antrag allerdings mit den Bestandsobergrenzen wurde in geänderter Fassung im Bundesrat verabschiedet und steht nach wie vor in der Verantwortung der Bundesregierung, dies auch umzusetzen. Da ist leider nicht viel passiert.

Und wenn wir dann mal die Umsetzung der sogenannten Borchert-Kommission sehen, das war ja noch eine Kommission aus der vormaligen Bundesregierung, [...], dort die Finanzierung auch im Bereich Tierhaltung zu verbessern, also mit 4 Milliarden Euro im Jahr gerechnet worden ist, und unter Cem Özdemir jetzt 1 Milliarde für vier Jahre vorgesehen ist, das ist also von vornherein so kalkuliert worden, dass man mit diesem Budget ernsthafte Veränderungen in der Tierhaltung nicht vornehmen kann. Man könnte auch sagen in dem Zusammenhang, das wäre wohl nicht gewollt.

[...] lassen Sie mich zum Abschluss sagen, Tierwohl und Tierschutz ist für meine Fraktion nicht teilbar. [...]

Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD



■ Dr. Sylva Rahm-Präger, SPD:

„Lassen Sie uns gemeinsam an guten Rahmenbedingungen für unsere Landwirte und Nutztiere arbeiten!“

Foto: Uwe Sinnecker



Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Der verheerende Brand der Ferkelaufzuchtanlage in Alt Tellin jährt sich in wenigen Tagen zum zweiten Mal. [...] 62.000 Tiere sind dieser Brandkatastrophe zum Opfer gefallen, nur ganz wenige Tiere konnten gerettet werden. [...]

Aufgrund der aktuellen Brandvorfälle in großen Tierhaltungsanlagen berief die Agrarministerkonferenz [...] auf Antrag Mecklenburg-Vorpommerns, [...] eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe mit folgendem Arbeitstitel ein: „Schlussfolgerungen aus und Handlungsbedarf aufgrund von Brandvorfällen in großen Tierhaltungsbetrieben“ [...]. Es bestand Konsens zwischen Bund und Ländern, dass in Tierhaltungen die Prävention von Bränden und der Schutz der Tiere im Fall von Bränden verbessert werden müssen und insbesondere die ermittelten Ursachen von Bränden in die Überlegungen zu einer wirksamen Brandvorbeugung, Brandbekämpfung und Tierrettung einfließen müssen. [...]

[...] Unter Punkt 3.5 des Ergebnisberichtes werden Lösungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Wirksamkeit von Brandvorbeugung, Brandbekämpfung und Tierrettung aufgezeigt. Unter anderem wird Folgendes gefordert [...]:

1. die Umsetzung der Anforderungen der Landesbauordnungen hinsichtlich des baulichen Brandschutzes ohne Zulassung von Abweichungen und Erleichterungen für Tierhaltungsbetriebe,
2. die grundsätzliche Einordnung der Gebäude großer Tierhaltungsanlagen in Gebäudeklasse 3,
3. die Einhaltung aller daran gebundenen Anforderungen

der Landesbauordnung an das Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen, die Feuerwiderstandsfähigkeit von Bausteinen [...] und die Anordnung von Brandwänden.

[...] Objekt- und tierartbezogene Havariekonzepte

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD, und Enrico Schult, AfD)

mit Angaben zur Tierrettung als Bestandteil des Brandschutzkonzeptes sind zu erstellen. Und hier ist es auch wichtig zu wissen, dass die Feuerwehren vor Ort einbezogen werden, [...] da die Tiere auch sehr unterschiedliches Verhalten im Brandfall an den Tag legen. Ich denke nur an Pferde. Also Pferde zu retten im Brandfall, kann lebensgefährlich werden [...]. [...] das heißt, auch die Verantwortlichen der Feuerwehren müssen in solche Konzepte eingebunden werden und müssen sie kennen. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Die Anordnung der Stallverbände muss so erfolgen, dass ein wirtschaftlicher Betrieb möglich ist, einerseits ein wirtschaftlicher Betrieb möglich ist und mit einer zentralen Versorgungstrasse zum Beispiel die Einzelställe aber mittels entsprechender Abstände durch Löschfahrzeuge gut zu erreichen sind.

[...] Das heißt, ein heutiges Konzept könnte bei der gleichen Anzahl Tiere deutlich anders aussehen.

Der Expertenbericht ist umfangreich und leider ist das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft an dieser Stelle wenig hilfreich. Angeregt wurde auf Initiative der Fachkommission Bauaufsicht [...] eine Musterrichtlinie für Tierhaltungsanlagen nach dem Vorbild der Musterindustriebau-richtlinie zu erarbeiten. Leider liegt diese [...] nicht vor und 13 Bundesländer erarbeiten jetzt in ihren zuständigen Ministerien jeweils eigene Bau- und Brandschutzrichtlinien mit hohem personellen Aufwand.

Also ich sage jetzt mal so: Föderalismus ist wirklich gut, aber es gibt Möglichkeiten, diesen personellen Aufwand und auch finanziellen Aufwand deutlich einzusparen, wenn man sich auf Bundesebene für eine solche Musterrichtlinie entschieden hätte.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

[...] Lassen Sie uns gemeinsam an guten Rahmenbedingungen für unsere Landwirte und unsere Nutztiere arbeiten! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

■ Sandy van Baal, FDP:

„Die Tierhalter wissen nicht mehr, wo die Reise hingehen soll.“

Foto: Uwe Srinnecker



[...] Wir haben das Thema Alt Tellin schon mehrfach hier in diesem Hause debattiert [...].

Es war eine Tragödie, und es ist [...] wichtig, dass wir aus dieser Tragödie [...] lernen. [...].

In der Anlage sind circa 50.000 Tiere umgekommen und jedes Tier war eins zu viel. Zur Brandursache hat Minister Pegel ausgeführt. [...] Und die Umwelt- und Tierschützer haben [...] sich erheblich für gesteigerte Anforderungen an den Brandschutz in Schweineställen ausgesprochen. Die Forderungen reichen hier [...] bis zu einem generellen Baustopp von Neuanlagen. Und das geht [...] zu weit. [...].

[...] ich warne an dieser Stelle [...] vor dem Generalverdacht gegenüber allen Nutztierhaltern und Nutztierhalterinnen.[...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

[...] Solange man die Prozesse und vor allem das Herdenmanagement im Griff hat, spielt die Bestandsgröße [...] keine Rolle. Wenn wir aber aus moralischen oder emotionalen Gründen keine so großen Bestände mehr errichtet haben wollen, dann müssen wir das [...] sagen und eine klare Obergrenze formulieren.

[...] Die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands berichtet von deutlichen Trends in einer Umfrage unter ihren Mitgliedern. [...] In den nächsten zehn Jahren wollen 60 Prozent der Sauenhalter und 40 Prozent der Schweinemäster aussteigen. [...]. [...] vor allem kleinere Betriebe planen einen zeitnahen Ausstieg innerhalb der nächsten zwei bis fünf Jahre. [...] durch die hohe Zahl der aussteigenden Ferkelerzeuger und Schweinemäster werden voraus-

sichtlich 25 bis 30 Prozent weniger Sauen und Mastschweine in den Betrieben gehalten werden. [...] woran liegt das? Summe der Auflagen, fehlende Perspektiven [...] und [...] der mangelnde politische Rückhalt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

Die Tierhalter wissen nicht mehr, wo die Reise hingehen soll. Die Auswirkungen [...] von Corona, ASP, die gestiegenen Hal­tungsanforderungen, aber auch die Unklarheiten im Bau­recht, [...] treffen viele Schweinehalter in den letzten drei Jahren tief ins Mark. Und das Bundeslandwirtschaftsministerium erreicht konsequent, was es vorgibt, gerade nicht zu wollen: Die kleineren Betriebe steigen aus. Übrig bleiben die, die durch den Effekt der Kostendegression profitieren wie in Alt Tellin.

[...] Der Umbau der Tierhaltung muss stattfinden [...]. Gerade durch eine schnelle, zielgerichtete [...] Änderung des Baugesetzbuchs könnte man bei Stallneubauten nicht nur [...] das gewünschte Tierwohl [...] sicherstellen, sondern auch einen besseren Brandschutz voraussetzen. [...] aber dann müssen wir den Schweinehaltern auch langfristige Perspektiven geben, [...] das fehlt [...] aktuell.

Und [...] so toll ein verschärftes Kupierverbot [...] klingen mag, so vorhersehbar ist [...] der Effekt, der damit erzielt wird. Wenn in Deutschland geborene Ferkel keine kupierten Schwänze mehr haben, dann holt man sich [...] Ferkel aus anderen EU-Ländern. [...]. [...] wer schon [...] in so einem Stall war, in dem Schweine keine kupierten Schwänze haben, der weiß, dass das mit Tierwohl wenig zu tun hat. Aber das [...] passiert, wenn Menschen ohne Fachkenntnisse rein nach moralischen Wunschvorstellungen Realpolitik betreiben.

(Enrico Schult, AfD: Na, das kennen wir ja zur Genüge, das Betreiben.)

[...] Trotz der stabil hohen Erzeugerpreise für Schweinefleisch bleibt die Schweinehaltung in einer nicht enden wollenden Abwärtsspirale. Und dem müssen wir gemeinsam entgegenzutreten. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP und Sebastian Ehlers, CDU)

■ Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:

„Probleme werden ausgelagert, man muss das hier in den Griff kriegen.“

Foto: Uwe Sinnecker



Schönen guten Tag noch mal, Frau Präsidentin! [...] Nach meinem Dafürhalten hätte die Anlage Alt Tellin nie in Betrieb gehen dürfen. Sie hätte gar keine Betriebszulassung erhalten dürfen, da von vornherein eigentlich gesagt worden ist, dass Güllezwischenlager errichtet werden [...]. Das ist nie umgesetzt worden [...] und das war eigentlich die Bedingung, um überhaupt in Betrieb zu gehen. Das ist ein Fakt, der hier noch gar nicht betrachtet worden ist. Und mich wundert das eigentlich, dass das so dermaßen in Vergessenheit geraten ist. Für die Anwohner wäre das sehr wichtig gewesen, um das Transportaufkommen mindestens um die Hälfte abzusenken.

Daberkow, ein Ort unmittelbar in der Nähe von Alt Tellin [...] und die Alt Telliner selber sind natürlich auch betroffen, die denken ja inzwischen, die wohnen an der Autobahn, bei so viel Transportaufkommen, wie durch die Größe dieser Anlage zustande gekommen ist. Entweder hat man nicht gerechnet, nicht darüber nachgedacht, [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] Und ich bin nach wie vor der Meinung, dass da eine Obergrenze reingehört, und zwar, nicht unbedingt das Tier an sich ...

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

[...] Die Obergrenze entscheidet sich daraus, wie viel Verkehrsaufkommen wir haben, wie sehr werden die Leute in der Gegend belastet mit dieser Anlage [...]

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Sehr richtig!)*

Wenn Sie jetzt von einer Bundesstraße meinetwegen direkten Zugang haben [...] zu solch einer Anlage, dann ist der Verkehr zu vernachlässigen. Aber wenn Sie durch mehrere Ortschaften mit diesen zig Lkws am Tag fahren, dann ist das sehr wohl ein Entscheidungsgrund, ob man überhaupt in dieser Größe bauen kann. [...]

Sie sprachen vorhin von Flächenbindung, Herr Minister. Gute Idee [...] die Fläche muss auch in der Nähe sein und nicht 50 Kilometer weg. Also da werden Eulen nach Athen getragen. [...] diese Flächenbindung muss im Vorab [...] vertraglich fest sein,

(Enrico Schult, AfD: Sehr richtig!)

[...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Man kann nicht einfach ins Blaue hinein bauen, ohne die Konsequenzen, die das mit sich bringt, zu bedenken. [...] Das hätte nicht so sein müssen [...]

Und da kommen wir eigentlich noch zu einem ganz anderen Thema: Warum sind wir überhaupt in der Situation, dass solche Großanlagen vonnöten sind? Sicherlich, ich bin absolut nicht gegen die industrielle Tierhaltung, es wird sich auch bald nicht mehr so viel anders gestalten lassen bei Arbeitskräftemangel und Kostendruck. Aber man muss sich da [...] eingrenzen und nicht einfach immer weiter, immer schneller, immer höher [...] Ich habe selber jahrelang Tiere gehalten, da gibt es Grenzen, und die sollten auch unbedingt beachtet werden, auch zum Tierwohl.

Und die Ursache dessen [...] sind [...] die Produkte, die aus dem Ausland hier reindrücken [...] Das soll ja der deutsche Landwirt unterlaufen. [...] Das kann er nicht schaffen, wenn wir hier Auflagen haben, die zehnmal so hoch sind wie bei den zum Beispiel südamerikanischen landwirtschaftlichen Verhältnissen, wo permanenter Raubbau an der Natur betrieben wird.

[...] Probleme werden ausgelagert, man muss das hier in den Griff kriegen. [...] Wie kriegt man das hin [...]? [...] Man kann von vornherein sagen, unter den Bedingungen, wie das Produkt dort produziert worden ist, kriegt das bei uns keine Zulassung.

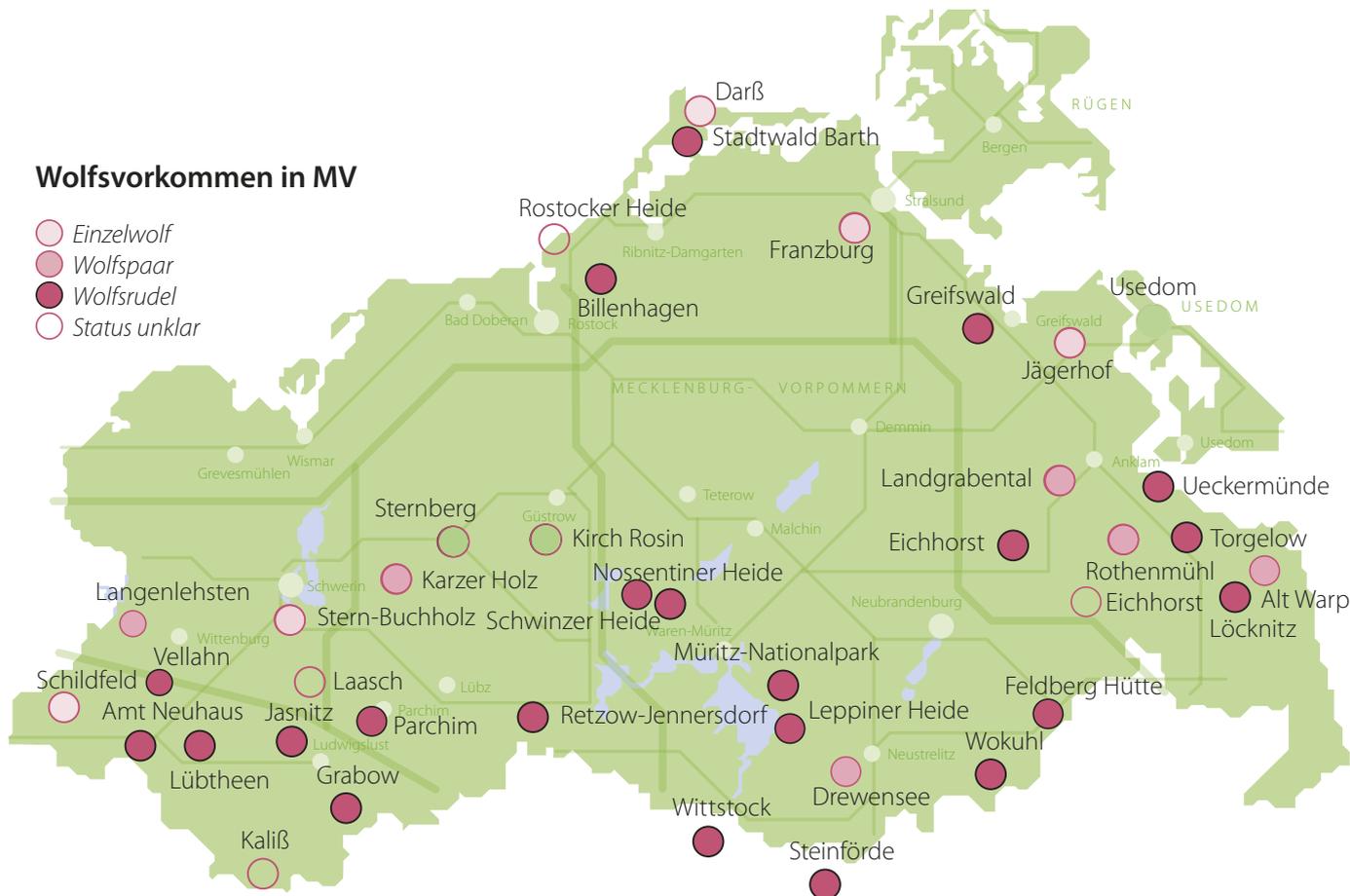
*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thore Stein, AfD)*

[...] Das ist ein bisschen aufwendig, das verstehe ich schon, das kostet ein bisschen Kraft, aber am Ende werden wir damit einen großen Erfolg haben [...]

Für die Zukunft wäre das eine Möglichkeit, dass man auf Qualität setzt, die hier importiert werden soll. [...] Die deutschen Landwirte würden es danken, und somit ist es das, was ich eigentlich, ja, dazu noch mal bringen wollte. – Danke schön!

Wolfsvorkommen in MV

- Einzelwolf
- Wolfspaar
- Wolfsrudel
- Status unklar



Umweltbundesamt/Wolfsmonitoring Stand: Sep. 2022 | Grafik: Sinnecker

Wolfsvorkommen bringt Konflikte

AfD, CDU und FDP fordern zukunftsorientierte Kurskorrektur beim Wolfsmanagement

Die Wiederansiedlung des Wolfes sei ein „artenschutzrechtlicher Erfolg“, verteidigte Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus die wachsende Wolfspopulation im Land. Das sei unstrittig, stimmten AfD, CDU und FDP zu. Aber die Zunahme von Konflikten zwischen Weidetierhaltung und Raubtier bringe erhebliche Probleme, stellten die drei Fraktionen klar. Darum forderten sie in ihren jeweiligen Anträgen eine Bestandsregulierung und eine Obergrenze für die Anzahl der Wölfe im Territorium. Durchsetzbar sei dies mit der Aufhebung des strengen europaweiten Schutzstatus und der Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht. Nur wenn die Bundesregierung den guten Erhaltungszustand der Tierart nach Brüssel melde, könne die EU-Behörde agieren. Darum drangen die Fraktionen auf die baldige Klärung dieser Frage.

Mit den Stimmen der Regierungsfraktion wurden alle drei Anträge abgelehnt, genauso wie deren Überweisung in die Ausschüsse.

Wie gehe es mit dem Wolf weiter, wollte **Thore Stein** (AfD) wissen. Alle drei Anträge zeigten deutlich die Problemlage auf. In einer Kulturlandschaft lebende Raubtiere sorgten „unweigerlich für Konflikte“. Zur Gesamtverantwortung gehöre, die

Folgen der Artenschutzpolitik „auf ein verträgliches Maß“ zu begrenzen, mahnte Thore Stein an. Experten bestätigten, dass der gute Erhaltungszustand des Wolfes mittlerweile erreicht sei. Früher oder später werde er bejagt werden

müssen, stand für den Abgeordneten fest. Die jetzige „Verzögerungstaktik“ sorge lediglich dafür, dass Schäfer ihre Weidetierhaltung aufgeben und Maßnahmen zu einem späteren Zeitpunkt „radikaler“ und teurer ausfallen würden. Im Interesse der wichtigen Weidetierhaltung wolle die AfD, dass eine „maximale Populationsgröße“ festgelegt werde, auf deren Basis „eine klare Kurskorrektur“ im Wolfsmanagement ermöglicht würde.

Auch für **Beate Schlupp** (CDU) bewiesen die Anträge von gleich drei Fraktionen „die angespannte Situation“. Trotzdem würden die bestehenden Konflikte nur „sehr zögerlich eingeräumt oder heruntergespielt“. Sie wisse von Gesprächen mit Einwohnern, Nutztierhaltern und Jägern, dass sie „sich seit Jahren von



Wolfsrudel im Natur- und Umweltpark Güstrow

der Politik allein gelassen“ fühlten. Wenn die Übergriffe des Wolfes auf Weidetiere trotz Präventionsmaßnahmen zunehmen, sei eine „Reduzierung des Wolfsbestandes zwingend notwendig“, unterstrich die Abgeordnete. Die CDU fordere seit Langem die Aufnahme des Wolfes ins Jagdrecht. Doch wenigstens müsse die jetzt schon mögliche „rechtskonforme Entnahme“ von Problemwölfen schneller umgesetzt werden. Helfen könnte nach Ansicht von Beate Schlupp auch die Einrichtung von wolfsfreien Zonen und die Festlegung einer Tierdichte von 5,6 Wölfen auf 1.000 Quadratkilometer.

Der bestehende Wolfs-Managementplan reiche nicht mehr aus, stand für **Sandy van Baal** (FDP) fest. Der Wolf verbreite sich schneller und Konflikte zeigten sich deutlicher. MV sei ein „Flächenland und Landwirtschaftsland“. Darum fordere die FDP „ein aktives und offensives Wolfsmanagement“, und zwar länderübergreifend, das auf die durch den Wolf entstandenen Probleme eingehe. Die Politikerin bemängelte, dass die „entscheidende Konsequenz“ aus der Entwicklung der Wolfspopulation noch nicht gezogen wurde, nämlich: „ein Europa-konformes Bestandsmanagement inklusive Bejagung. [...] Der Wolf muss ins Landesjagdgesetz aufgenommen werden. Punkt und Ausrufezeichen.“ Aus Sicht der FDP sei der günstige Erhaltungszustand des Wolfes erreicht. Das müsse an die EU-Kommission kommuniziert werden, drang Sandy van Baal. Sie beantragte die Überweisung in den Agrarausschuss, um „gemeinsam [eine] zukunftsorientierte Lösung [zu] finden“.

„Wir wollen die Weidetierhaltung“, bekräftigte Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** (SPD) und stellte ebenso klar: „Der Wolf hat seine Berechtigung.“ Das Tier habe per Gesetz einen besonderen Schutzstatus. Der gelte so lange, bis der gute Erhaltungszustand von der Bundesregierung nach Brüssel berichtet wurde. Dr. Backhaus verwehrte sich gegen Kritik, seinem Ministerium fehle der Überblick über die Wolfspopulation im Land: „Wir haben mittlerweile 18 Rudel, sechs Paare und vier territoriale Einzeltiere.“ Insgesamt mache das 127 Tiere. Das existierende Wolfsmanagement in MV sei „vorbildlich“. Es basiere auf einer breiten Kooperation mit ehrenamtlichen Wolfsmanagern, der Jägerschaft, Naturschützern, Artenschützern und Wissenschaftlern. Der Minister rechne mit einer baldigen Neubewertung des Erhaltungszustandes des Wolfes durch das Bundesamt für Naturschutz. Das bleibe abzuwarten.

Es sei anzuerkennen, so **Dirk Bruhn** (DIE LINKE), dass die Entwicklung der Wolfspopulation eine Erfolgsgeschichte für den Naturschutz sei. Seit 2021/22 gelten 50 Prozent der Landesfläche als vom Wolf besiedelt. Wissenschaftler gingen davon aus, dass in einigen Regionen Deutschlands das Wachstum ein Plateau erreicht habe und nun die Anzahl der Tiere stagniere.

In MV scheinen noch freie Reviere vorhanden zu sein, so dass mit mehr Wölfen zu rechnen sei. Die in den Anträgen vorgeschlagenen Lösungen würden aus seiner Sicht den Konflikten nicht gerecht. Nicht eine bestimmte Zahl von Wölfen sei das Problem, sondern ihr Verhalten. „Auffällig gewordene Tiere“

müssten „wirklich zügig“ entnommen werden. Das dürfe auch nicht an Kreis- oder Landesgrenzen scheitern. „Hier ist noch viel zu tun und zu vereinfachen“, gab der Redner zu. Die Anträge lehne seine Fraktion ab, biete aber „einen weiteren fachlichen Disput zum Thema“ an.

Die überraschend schnelle Ausbreitung des Wolfes bringe Herausforderungen mit sich, „die wir gemeinsam lösen müssen“, hob **Anne Shepley** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hervor. Die Politikerin verwies auf die zunehmenden wirtschaftlichen Schäden, die auch dem Wolf wohl gesonnene Weidetierhalter an Grenzen bringe. Bisherige Konzepte müssten „überdacht“ werden und „wir müssen rechtzeitig steuernd eingreifen“, richtete sie an ihre Kollegen.

Die vielleicht entscheidende Frage „ist die Frage nach dem guten Erhaltungszustand.“ Die Antwort darauf, die von Experten und nicht von Politikern kommen müsse, „ist Voraussetzung für alle darauf aufbauenden Managementmaßnahmen“.

„Wir kennen auch nicht den Königsweg im Umgang mit der Tierart Wolf“, räumte Anne Shepley ein. Darum plädierte sie für eine Überweisung und appellierte an die Regierungskoalition: „Haben Sie den Mut zum Dialog [...] zu einem Thema, das wir gemeinsam bewegen müssen.“

Nicht nur der Wolf stelle die Weidewirtschaft vor große Herausforderungen, erklärte **Bernd Lange** (SPD). Geringe Stundenlöhne bei hoher Arbeitsbelastung, Probleme für die Betriebsnachfolge oder die verfehlte Agrarpolitik der Vergangenheit trügen zur schwierigen Lage bei. Der Abgeordnete erinnerte daran, dass die Ziegen- und Schafbestände durch das Wegfallen der gekoppelten Tierprämie ab 2004 stark zurückgingen. Der Wolf sei zu dieser Zeit noch nicht in MV angekommen. Aber auch ohne den Wolf drohe die Weidetierhaltung zu verschwinden, „was irreparable Folgen für die Artenvielfalt haben werde“. Damit die Weidewirtschaft „wieder ein lohnendes und zukunftsfähiges Betriebssystem“ darstelle, brauche es verbesserte „strukturelle Rahmenbedingungen“. Bernd Lange zweifelte an der Tragfähigkeit der in den Anträgen vorgeschlagenen Maßnahmen. Darum werde seine Fraktion alle Anträge ablehnen.

Am Ende der Debatte zeigte sich **Thore Stein** (AfD) von den Darlegungen des Ministers nicht überzeugt. Es müssten „Grenzen anerkannt werden“. Der Wolf könne sich „nicht ungezügelt ausbreiten“. Die Bejagung des Wolfes sei notwendig. „Das wird kommen“, prognostizierte der Politiker und stellte für seine Fraktion den Antrag auf Überweisung in den Ausschuss.

Einer ähnlichen Argumentation folgte **Beate Schlupp** (CDU). Die Landesregierung negiere, dass Weidetierhalter durch die Probleme mit dem Wolf aufgeben. In der Feldberger Seenlandschaft fühlten sich die Menschen „allein gelassen“. Sie hätten den Eindruck, der Wolf stünde über ihre Interessen. Auch Beate Schlupp beantragte die Überweisung.

Sandy van Baal (FDP) bedauerte, dass die Regierungsfraktion nicht zur Weiter-

entwicklung des aktiven Wolfsmanagements bereit sei. Was bis jetzt gut gewesen sei, müsse einfach nur angepasst werden. Ja, Problemwölfe könnten schon jetzt entnommen werden. In Realität wanderten diese weiter, bevor etwas geschehe oder sie sterben eines natürlichen Todes. „Wir müssen da einfach ran“, warb die Abgeordnete für einen weiteren Dialog.

Dr. Sylva Rahm-Präger (SPD) versicherte, dass die Sorgen der Schaf- und Ziegenhalter im Land ernst genommen würden und die Landesregierung das „höchstmögliche“ umsetze, um die Weidetierhalter zu unterstützen. Das Land habe die Erarbeitung des Unterparameters „Größe der günstigen Referenzpopulation zur Ermittlung des Erhaltungszustandes der mitteleuropäischen Flachlandpopulation der Art Wolf“ vorgeschlagen. Dieses Forschungsvorhaben

solle am 31.03.2023 vom Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung abgeschlossen werden.

a) Antrag AfD
Drucksache 8/1861
Beschluss:
Ablehnung der Überweisung
Ablehnung des Antrages

b) Antrag CDU
Drucksache 8/1934
Beschluss:
Ablehnung der Überweisung
Ablehnung des Antrages

c) Antrag FDP
Drucksache 8/1939
Beschluss:
Ablehnung der Überweisung
Ablehnung des Antrages

Integration von Flüchtlingen

Fraktionen legen Auffassungen dar

■ Der Streit um die Aufnahme mehrerer Hundert Flüchtlinge in der kleinen Gemeinde Uphahl im Landkreis Nordwestmecklenburg hat bundesweit für Aufsehen gesorgt. Wichtige Fragen in diesem Zusammenhang sind beispielsweise die mögliche finanzielle Belastung der Kreise und Kommunen oder der Umgang mit den Ängsten der Bürger.

Die Landkreise und kreisfreien Städte müssen nach Ansicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kurzfristig entlastet und die Unterbringungskapazitäten des Landes temporär erhöht werden. „Es steht dabei völlig außer Frage, dass es darüber hinaus noch zahlreiche andere Schritte geben muss, die mittel- und langfristig eine gut gelingende, in der Realität auch gesellschaftlich gelebte Integration sicherstellen“,

sagte **Anne Shepley** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). In der Vergangenheit seien zahlreiche Fehler gemacht worden. Unterbringungsmöglichkeiten seien abgebaut und das Hilfenetzwerk und Beratungsangebote auf ein niedriges Niveau abgesenkt worden. Nun müsse der Druck von den Kommunen genommen werden. Der gesamte Zug der Migration gehöre auf neue Gleise gesetzt, um Deutschland und MV zu einem Einwanderungsland zu machen, in dem Menschen mit Plakaten „Schön, dass Ihr da seid“ begrüßt werden. Dabei könne es nicht um eine dauerhafte Ausweitung der Bettenzahlen auf Landesebene gehen. „Integration kann nur dann erfolgreich sein, wenn Menschen möglichst schnell aus größeren Unterkünften in kleinere, gut eingebundene Gemeinschaftsunterkünfte oder Wohnungen mitten in die Gemeinschaft vor Ort ziehen können.“ Auch müsse die Zahl der Sprachlernangebote deutlich erhöht werden.

Es sei praktisch nicht mehr möglich, jemanden zum Verlassen des Landes zu bewegen, der nicht aktiv bereit ist, daran mitzuwirken, sagte der Vorsitzende der CDU-Fraktion, **Franz-Robert Liskow**. Viele Menschen wünschten sich, dass die politischen Verantwortungsträger verstehen, dass die Aufnahmekapazitäten

endlich sind. Liskow griff die rot-rote Landesregierung scharf an: Nach wie vor gelte, was im Wahlprogramm der Partei DIE LINKE steht. Jeder, der es nach MV schafft, könne bleiben. Niemand solle abgeschoben werden. Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) drücke dies laut Liskow etwas anders aus. Sie habe erklärt, dass sie gegen eine Begrenzung von Zuwanderung sei. „Das Ergebnis dieser Politik kann jeder sehen, der in jüngster Vergangenheit mal durch Uphahl gefahren ist.“ Dass es nun im Landkreis Nordwestmecklenburg einen Aufnahmestopp gibt, sei ein vernünftiger Anfang. Das Land müsse nun aber schnellstens eigene Anstrengungen unternehmen und größere eigene Aufnahmekapazitäten bereitstellen. Denn die Flüchtlingszahlen würden weiter steigen.

„Was fehlt, ist ein landesweites, schlüssiges Integrationskonzept“, betonte der FDP-Fraktionsvorsitzende **René Domke**. Deshalb fordere seine Partei eine Enquete-Kommission. Das Thema Migration sei so komplex, dass die vielen Akteure zusammenkommen müssen. „Da reicht nicht ein Gipfel hinter verschlossenen Türen.“ Beim Aufbau von Gemeinschaftsunterkünften müsse geklärt werden, was mit den dort aufgenommenen Menschen passieren soll. „Wie müssen



Foto: nordreport

sie integriert werden, was muss ich bereitstellen vor Ort? Welche Infrastruktur muss da sein.“ Sind Kitas und Schulen darauf vorbereitet? „Das ist nicht alleine Aufgabe der kommunalen Ebene.“ Da sei die Landesregierung gefragt. In einer Enquete-Kommission könnten solche Fragen geklärt werden. „Da kann Opposition mitwirken, da kann Opposition sich einbringen.“ Domke forderte, die geordnete Migration als Chance zu begreifen. Es müsse Lösungen geben, die Menschen auch in Deutschland in Arbeit zu bringen und möglichst schnell auszubilden. Er berichtete beispielsweise aus Spanien, wo junge Migranten gerne aufgenommen und ausgebildet werden. „Das müssen wir auch endlich mal begreifen, dass wir nicht die Leute einfach nur verwahren, sondern dass wir sie fit machen und dass wir ihnen eine Perspektive geben.“

Den aktuellen Problemen kann nach Ansicht des SPD-Fraktionsvorsitzenden, **Julian Barlen**, nur dann Rechnung getragen werden, wenn die Sorgen und Probleme in ihrer gesamten Tragweite gemeinsam anerkannt und beantwortet werden. Es sei wichtig, dabei auf die vielen sachlichen und konstruktiven Kräfte in MV zu bauen. „Die praktischen Probleme lassen sich nur lösen, wenn wir im gleichen Zuge jene zurückweisen, die die aktuelle Weltlage und die Flüchtlingssituation dazu nutzen, mit Hass und Hetze nach draußen zu gehen. Durch Hetze und Spaltung wird kein Problem kleiner“, betonte Barlen. Dabei bleibe die Aufnahme Geflüchteter eine humanitäre Verpflichtung. Barlen hob das ehrenamtliche Engagement vieler Tausend Menschen in MV lobend hervor. Ein menschlicher und pragmatischer Um-

gang mit Geflüchteten und Asylsuchenden gelinge immer dann, wenn auf allen Ebenen umsichtig und umfängliche kommuniziert wird. Dazu gehöre, dass die Lebenslagen der Menschen in den Kommunen und deren Informationsbedürfnisse Berücksichtigung finden. „Und das können wir mit Blick auf die Entwicklungen der letzten Wochen und Monate feststellen: Das ist nicht überall gleich gut gelungen.“ Zwischen den Akteuren müsse mit Respekt, Verständnis und Pragmatismus herangegangen werden.

Wie Innenminister **Christian Pegel** (SPD) ausführte, sind die Kommunen zurecht darauf bedacht, dass die ihnen anvertrauten Aufgaben auch in ihrer Hand bleiben. Sie müssten auch nicht jede Bauplanung vorlegen. Das Land vertraue darauf, dass in den Kommunen auch die nötige Fachkunde vorhanden ist. „Das Einzige, was mit dem Land rückzukoppeln ist, sind Kosten, die entstehen.“ Das Land gebe den Kommunen eine 100-Prozent-Finanzierung an die Hand. Dies sei eine Ausnahme in Deutschland. Dabei seien schnelle Verfahren ein Gebot im Umgang mit den Flüchtlingen, betonte der Innenminister. „Diese ewige Ungewissheit ist eine unglaubliche seelische Strapaze.“ Es bestehe die Maxime, auch bei Gerichtsverfahren: „Schnell und klar, damit schnell Klarheit besteht.“ Die Integration der Kinder in Kitas und Schulen spiele eine zentrale Rolle ebenso wie die Arbeitsmigration. Auch die, die nach einer Flucht ins Land kommen, bräuchten die schnelle Chance, eine Arbeit aufzunehmen. Die Integration sei für die viel leichter, die Arbeit haben. Dann sei es auch für Deutsche selbstverständlicher, die Flüchtlinge zu akzeptieren.

Der AfD-Fraktionsvorsitzende **Nikolaus Kramer** kritisierte die Asylpolitik der rot-roten Landesregierung. Die Menschen vereine die berechtigten Sorgen und Ängste auch deshalb, weil sie keine Stimme haben. Sie würden einfach übergangen. „Upahl wurde nicht gefragt. Und diese Menschen wollen sie isolieren und zurückdrängen“, fragte Kramer. Er zweifelte, dass Mitglieder der Regierungskoalition lokale Protestveranstaltungen der Bürger besucht haben. Die AfD sei diesen Menschen dagegen dankbar für ihren legitimen und legalen Protest. „Nur dem Mut unserer Bürger ist

es zu verdanken, dass Sie nicht einfach schalten und walten können, wie Sie wollen“, sagte der AfD-Politiker in Richtung der rot-roten Landesregierung.

„Die Bundesrepublik Deutschland und auch MV sind de facto seit ihrer Gründung Einwanderungsländer“, erklärte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, **Jeannine Rösler** bei der Begründung des 23-Punkte-Antrags der Koalitionsfraktionen. Darin sollen unter anderem die Aufnahme, Unterbringung und Integration von Geflüchteten sichergestellt und verbessert werden. „Wir wollen die Willkommenskultur stärken und zu einem festen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens machen“, betonte Rösler. Die Menschen bräuchten eine Perspektive. Die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen stünden im ständigen Kontakt mit den Kommunen, wenn es um die Aufnahme von Geflüchteten gehe. Rösler verwies auf das Spitzengespräch mit den kommunalen Landesverbänden Anfang März sowie auf regelmäßige Absprachen der Landesregierung mit den Landkreisen und kreisfreien Städte. „Und damit erübrigen sich auch viele Ansinnen der Oppositionsfraktionen.“

Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/1926
Beschluss: Ablehnung

Antrag der Fraktion CDU
Drucksache 8/1929
Beschluss: Ablehnung der Ziffer I Nummern 1 und 2 sowie der Ziffer II Nummern 1 bis 8 des Antrages

Antrag der Fraktion FDP
Drucksache 8/1942
Beschluss: Ablehnung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 8/1944
Beschluss: Ablehnung der Ziffern 1 bis 5 des Antrages

Antrag der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE
Drucksache 8/1946(neu)

Beschluss:
Annahme der Ziffer I Nummern 1 bis 8 sowie der Ziffern II und III des Antrages



Foto: nordreport

LNG-Schiff in Lubmin

Streitpunkt LNG-Terminal

Wieviel LNG-Kapazitäten brauchen MV, Deutschland und Europa?

Der beabsichtigte, doch nun kurzfristig verworfene Bau eines LNG-Terminals vor der Küste von Sellin auf Rügen, verursachte viel Aufregung. Die vielfältigen Protestaktionen der Rügauer fanden ein breites Echo im Parlament. AfD und CDU initiierten jeweils einen eigenen Antrag, während SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gemeinsamen vorgingen. Fraktionsübergreifend wurde das von der Bundesregierung geplante LNG-Terminal kritisiert. AfD und CDU forderten aus Sorge vor Überkapazitäten, der Beeinträchtigung der Ökosysteme, des Tourismus und der Lebensqualität der Inselbewohner die Aussetzung des Vorhabens. Ebenso lehnte der interfraktionelle Antrag den Standort Sellin ab und pochte auf die Einbeziehung von Experten, Interessengruppen und Bürgern bei der Suche nach einem Alternativstandort. Besonders BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzte sich in ihrem Änderungsantrag dafür ein, sämtliche Ergebnisse dieser Suche offenzulegen.

Mit 6 Millionen Urlaubern im Jahr sei die wirtschaftliche Struktur der Insel Rügen auf den Tourismus zugeschnitten, eröffnete **Petra Federau** (AfD) die Antragsbegründung. Die Bürger vertrauten darauf,

dass „die einzigartige Natur dieser Insel nicht in einer Panikreaktion der Bundesregierung“ zum Ausgleich der „seit Jahren verfehlten Energiepolitik geopfert“ wird.

Laut einem Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) zu Kapazitäten schwimmender und fester Flüssiggasterminals vom 3. März 2023, käme es schon ab 2024 zu einem Importüberschuss an Gas.

Darum halte die AfD ein LNG-Terminal vor Rügen nicht nur für „überflüssig“, sondern auch für ökologisch, touristisch und wirtschaftlich unverantwortlich“. Obwohl der Selliner Standort mittlerweile verworfen wurde, sende der AfD-Antrag „ein starkes Signal“, dass die Interessen der Bürger ernst genommen würden, bekräftigte die Abgeordnete.

Wolfgang Waldmüller (CDU) zeigte sich verwundert, dass er viele Informationen über das LNG-Projekt vor Rügen der

Presse entnehmen musste. Erst am 9. März 2023 hätte eine Sitzung des Wirtschaftsausschusses Klarheit zum Stand des Vorhabens gebracht. Inzwischen sei das BMWK von Sellin abgerückt, bemühe sich aber um einen anderen Ort in MV. Der Parlamentarier stellte die geplanten „enormen Kapazitäten“ infrage. Nach seiner Auffassung solle kein weiteres Projekt unterstützt werden, „das potenziell negative Auswirkungen auf unsere Umwelt haben könnte“. Vor allem aber müsse die Bundesregierung „zweifelsfrei und nachvollziehbar“ einen Bedarf zur Energiesicherheit feststellen. Und dies „kommt vor der Suche nach Ersatzstandorten“, die dann im Dialog mit allen Interessengruppen und Experten stattfinden müsse. Nach heutigem Kenntnisstand halte er ein weiteres Terminal in MV für „entbehrlich“.

Die „Pläne für eine Industrieanlage“ standen für **Heiko Miraß** (SPD) in einem „krassen Kontrast“ mit dem Standort an einer der „landschaftlich schönsten“ und „sensibelsten“ Stellen der gesamten Ostseeküste. Das LNG-Beschleunigungsgesetz verkürze Verfahren auf ein Minimum, Umweltverträglichkeitsprüfung, Vergaberecht und Rechtsbehelf würden reduziert. Es „ist ein enormer Eingriff in Rechte, die in jahrzehntelangen politischen Auseinandersetzungen errungen worden sind“. Dieser hohe „Verzicht“ der Gesellschaft müsse mit „gewichtigen Gründen aufgewogen werden“. Auf jeden Fall erfordere es „maximale Transparenz“, damit die Bürger „wissen, was passiert und warum es passiert“. Bevor ein neuer Standort in Betracht gezogen würde, so seine Erwartung, müsse der Bedarf festgestellt werden. Dann sei eine „umfangreiche Beratung aller“ nötig, um die Beeinträchtigungen für die Menschen und Natur zu minimieren.

„Die Bundesregierung muss in großer Transparenz darlegen, was sie für die Versorgungssicherheit in Deutschland braucht“, verdeutlichte Wirtschafts- und Tourismusminister **Reinhard Meyer** (SPD). Das Land stehe nach wie vor für einen LNG-Standort zur Verfügung. Entscheidende Kriterien seien dabei die Umwelt, der Tourismus und die Akzeptanz der Bürger. Der Wirtschaftsminister bestätigte, in vielen Gesprächen mit dem Bund darauf hingewiesen zu haben, „dass Sellin der falsche Standort ist“.

Nun brauche es Alternativen. Infrage kämen der Rostocker Hafen, ein Standort weiter raus auf der See oder der Hafen von Mukran. Die Landesregierung behalte im Blick, dass ein Standort zukunftsfähig, also „wasserstofffähig“, sein müsse. „Grüne Energie ist Zukunft. Die Energiewende ist alternativlos. LNG ist Übergang“, fasste der Minister zusammen.

LNG in Mecklenburg-Vorpommern

Der Einspeisepunkt Lubmin ist durch die bestehende Nord Stream 1- und 2-Infrastruktur ein zentraler Verteiler für das europäische Gasnetz. Hier führen Pipelines zur Versorgung Deutschlands, aber auch Tschechiens und Österreichs in drei Richtungen. Der Wegfall russischen Gases wurde kurzfristig mit dem Regasifizierungsschiff der Regas in Lubmin ersetzt. Dafür bringt ein aufwendiger Shuttle-Verkehr das LNG von Großtankern auf See nach Lubmin. Diese Zubringerschiffe können entfallen, wenn wie vom Energiekonzern RWE geplant, eine Plattform für Flüssigerdgas-Terminals (FSRU - Floating Storage Regasification Unit) vor Rügens Küste mit Lubmin per Unterwasserpipeline verbunden würde.

Die verfehlte Energiepolitik der zurückliegenden Jahre habe nun dazu geführt, dass kurzfristig LNG-Anlandemöglichkeiten geschaffen werden müssten, bilanzierte **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Es sei kein Geheimnis, dass es zwischen Kanzleramt und den Bundestagsfraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Differenzen“ um die Größe dieser zusätzlichen Kapazitäten gebe. Ein Blick auf die Zahlen des Berichtes vom März zeige, dass für 2024 bereits ein „Sicherheitspuffer“ erreicht würde. Solange Bundeskanzler Olaf Scholz diese „deutlich überdimensionierten Kapazitäten“ fordere, müsse man sich hier in MV mit Standortalternativen beschäftigen, schlussfolgerte der Politiker. Darum fordere der Gemeinschaftsantrag, dass dafür die Auswirkungen auf Umwelt, Artenschutz, Emissionen und Bürgerbelange „genau und vergleichbar“ geprüft würden und die Ergebnisse „transparent veröffentlicht werden“.

Die RWE als Vorhabensträger für das LNG-Terminal vor Sellin habe eine „mise-



Das diskutierte LNG-Terminal vor Rügens Küste soll im vorpommerschen Lubmin an das Gasfernleitungsnetz angebunden werden. Tanker sollen an dem Terminal anlanden, so dass anschließend das LNG per Pipeline nach Lubmin gepumpt werden kann.

nable Kommunikation betrieben“, kritisierte **Daniel Seiffert** (DIE LINKE). Dies sei am Land, das am Ende die Genehmigungen erteilen müsse, „hängen geblieben“. Aus dieser Situation heraus hätten die Koalitionspartner gemeinsam mit FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den vorliegenden Antrag formuliert. Der Abgeordnete gab zu, dass die festen Terminals überdimensioniert seien. Dies bedeute aber nicht automatisch, der Standort in MV falle weg. Der Einspeisepunkt Lubmin sei ein wichtiger Verteiler. Für die projektierte Ost-West Flussrichtung des Gases verjüngten sich die Röhren nach Westen, ähnlich einem Trichter. Daher sei es „schwierig“, die Einspeisung von Lubmin durch LNG-Terminals an der Nordsee zu ersetzen, gab Daniel Seiffert zu bedenken. Lubmin müsse als Energiestandort bleiben, mit Infrastruktur, die „natürlich wasserstofffähig“ sei.

David Wulff (FDP) konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Debatte „sehr kurzfristig“ geführt werde. Die Forderung nach Wasserstofffähigkeit käme nur „beiläufig“ vor.

„Warum ist das nicht das zentrale Thema?“, fragte der Landtagsabgeordnete. Er wolle für die Zukunft auch die Wasserstoffinfrastruktur und Wasserstoffindustrie der Zukunft. Dafür wolle man Verantwortung tragen, konkretisierte David Wulff. Denn Deutschland werde auf Energieimporte, auch von erneuerbaren Energien, angewiesen bleiben.

Er gab zu bedenken, dass die Nähe zu Lubmin und der vorhandene Tiefgang gute Gründe für die Wahl von Sellin waren. Aber „es gab viele Anrufe von den



Das LNG-Schiff in Lubmin in den Abendstunden.

Rüganern“ und auch die FDP-Partei-freunde von der Insel „haben uns kräftig den Kopf gewaschen“ und sich „richtig für ihre Gemeinden eingesetzt“. Darum brauche es für die Suche nach einem neuen Standort vor allem Transparenz und Kommunikation.

Horst Förster (AfD) wunderte sich, dass an keiner Stelle davon geredet werde, dass es auch eine Zeit nach dem Krieg in der Ukraine geben werde. Er fragte seine Kollegen, wie lange die Sanktionen denn andauern sollten und nichts aus dem Osten bezogen werden dürfe. Man käme nicht um die Tatsache herum, „dass Russland das Rohstofflager Europas, auch dieser Welt, ist“. Durch den Verzicht auf Öl und Gas werde der deutschen Gesellschaft „Unsägliches“ zugemutet, während andere Länder mit Rohstoffen aus Russland weiterhin Gewinne machten. Er fand es „erschütternd“, dass in der Debatte von Wasserstoff und anderen Perspektiven in der fernen Zukunft die Rede sei, aber kein Gedanke daran verschwendet würde, wie nach dem Kriegsende mit Russland umgegangen werde. Man solle doch „gelegentlich“ noch über neue Abhängigkeiten, Zukunftsaussichten und „die Wahrnehmung deutscher Interessen“ reden dürfen.

Im Gegensatz zum interfraktionellen Antrag, richtete **Daniel Peters** (CDU) an dessen Verfasser, sage der CDU-Antrag „ganz klar“: Das Genehmigungsverfahren müsse ausgesetzt werden. „Wir wollen den zweifelsfreien Nachweis darüber

haben, ob wirklich dieses zusätzliche Terminal gebraucht wird.“ Es sei richtig, die Energieversorgung im Blick zu behalten. Aber der Landtag müsse in erster Linie die Interessen dieses Bundeslandes wahrnehmen. Denn ohne den Protest der Menschen und den medialen Druck wäre der Selliner Standort „weder in Schwerin noch in Berlin“ kritisiert worden. Daniel Peters verwies auf das LNG-Beschleunigungsgesetz, in dem für MV die beiden Standorte Lubmin und Rostock benannt wurden. Jetzt von Mukran zu reden – dafür gebe es gar keine Rechtsgrundlage. Aber, „die Grundfrage“ bleibe die Frage des Bedarfs. „Und diese ist schlicht nicht beantwortet“, mahnte der Politiker an.

„Das ist schlicht falsch“, wies Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** (SPD) den Vorwurf von Daniel Peters zurück, der Standort Sellin sei von der Landesregierung vorgeschlagen worden. Er habe zum ersten Mal beim Lesen der Unterlagen der RWE den Ortsnamen Sellin gesehen. Daraufhin habe er in Gesprächen mit der Bundesregierung die Probleme und die Folgen des Standortes „deutlich gemacht“.

Ebenso müsse „die Kernfrage der Energieversorgungssicherheit“ vom Bund beantwortet werden. Die Landesregierung erteile nur dann eine Genehmigung, wenn für den Bau von Pipeline und Terminal auf der See eine Gesetzesänderung des Bundes vorliege und eine positive Prognose für die technische Umsetzbarkeit des Terminals bestätigt wurde.

a) Antrag AfD
Drucksache 8/1920
Beschluss:
Ablehnung des Antrages

b) Antrag CDU
Drucksache 8/1932
hierzu
Änderungsantrag CDU
Drucksache 8/2004
Beschluss:
Ablehnung des Änderungsantrages
Ablehnung der Ziffer I Nummern 1 bis 3
und der Ziffer II des Antrages

c) Antrag SPD, DIE LINKE,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 8/1945
hierzu
Änderungsantrag der Fraktionen
der SPD, DIE LINKE,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 8/2006

Änderungsantrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/2007
Beschluss:
Annahme der Änderungsanträge
Annahme des geänderten Antrages

LNG - liquefied natural gas

LNG ist die Bezeichnung für verflüssigtes aufbereitetes Erdgas, das auf -161 bis -164 °C (112 bis 109 K) abgekühlt wird. LNG weist nur etwa ein Sechshundertstel des Volumens von gasförmigem Erdgas auf. Besonders zu Transport- und Lagerungszwecken hat LNG große Vorteile. Ein wirtschaftlicher Transport von gasförmigem Erdgas ist nur in Rohrleitungen möglich. Flüssig-gut kann hingegen in besonderen Transportbehältern auf der Straße, der Schiene und auf dem Wasser transportiert werden.

Meldungen

Kinderbetreuung soll verbessert werden

Künftige Erzieherinnen und Erzieher der ersten zwei Ausbildungsjahre werden von 2023/2024 an nicht mehr auf den Stellenanteil einer Fachkraft angerechnet. Dadurch soll die Personalsituation in den Kitas verbessert werden, begründete Andreas Butzki (SPD) die Initiative. Das dritte Lehrjahr werde zu 50 Prozent angerechnet. Die Neuordnung koste das Land bis 2026 rund 25 Millionen Euro.

„Wir brauchen weitere Erzieherinnen und Erzieher, wir müssen die Fachkraft-Kind-Relation senken“, sagte Bildungsministerin **Simone Oldenburg** (DIE LINKE). Die Ausgaben für die Kitaförderung hätten 2020 bei 683 und 2022 bei 797 Millionen Euro gelegen. 2023 würde die 800-Millionen-Euro-Marke überschritten.

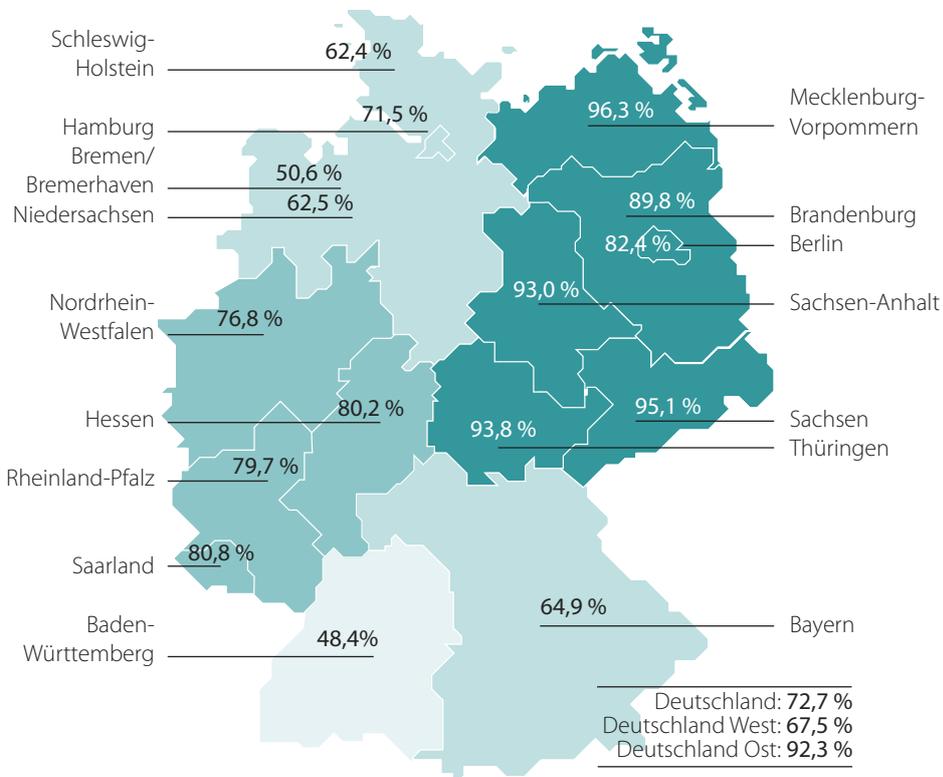
Enrico Schult (AfD) äußerte Zweifel, dass es möglich ist, genügend junge Leute für eine Erzieher-Ausbildung zu finden. Den Schülern fehle zudem oft die Reife oder das Wissen, um die Ausbildung durchzustehen. „Das sollte uns zu denken geben.“

Das Land hat sich nach Einschätzung von **Torsten Renz** (CDU) zu sehr auf die Einführung der kostenfreien Kita konzentriert und die Frage der Qualität vernachlässigt. Er schlug einen Stufenplan zur Qualitätsverbesserung in Krippen und Horten vor.

Mit der Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes würden bis zu 260 Stellen mehr benötigt, wenn die bisherige Größe der Gruppennzahlen erhalten bleiben soll, sagte **Mandy Pfeiffer** (SPD). Um die Träger nicht zu überfordern, werde es deshalb einen Übergangszeitraum von zwei Jahren geben.

Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) kritisierte, dass die Nichtanrechnung der Auszubildenden auf den Stellenplan nicht konsequent angewandt werde. Experten seien sich einig, dass

Anteil der Kinder in Gruppen mit einem laut Bertelsmann Stiftung zu niedrigen Personalschlüssel, Stand 1. März 2020 in Prozent



Quelle: Bertelsmann Stiftung, FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder Grafik: U. Sinnecker

Auszubildende im dritten Jahr keine Fachkräfte sind. „Auszubildende sind Auszubildende – und keine Fachkräfte.“ Die Beitragsfreiheit für Kitas könne nicht höher bewertet werden als die qualitative Verbesserung der Betreuung, konstatierte **Sabine Enseleit** (FDP). „Das bedeutet in erster Linie mehr Personal.“ Das Land habe mit seiner verfehlten Politik bei der frühkindlichen Bildung ein Dilemma verursacht.

Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, **Jeannine Rösler**, wies den Vorwurf, MV habe die schlechteste Betreuungsquote zurück. „Diese Gesetzesnovelle ermöglicht es, dass sich die angehenden Erzieherinnen und Erzieher noch stärker auf Ausbildung konzentrieren können.“

Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE und SPD Drucksache 8/1489

Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drucksache 8/1980

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 8/1981

Kostenfreie Kita

Im Jahr 2020 hat die Landesregierung die beitragsfreie Kita in MV eingeführt. Krippe, Kindergarten, Tagesbetreuung und Hort sind seitdem für Eltern gebührenfrei. Ein Antrag auf Elternbeitragsfreiheit ist nicht erforderlich. Das zuständige Jugendamt (des Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt) zahlt die Platzkosten an die Träger der Kindertageseinrichtungen und die Tagespflegepersonen. Eltern tragen weiterhin die Kosten für die Verpflegung in der Kindertagesförderung.

Kommunale Kompetenzen bei Flüchtlingsaufnahme

Angesichts sich einer nach Meinung der AfD zuspitzenden Situation bei der Aufnahme von Flüchtlingen hat die Partei die Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes gefordert. „Wir wollen den Kommunen ermöglichen, auf Entscheidungsprozesse einzuwirken und damit Situationen der Überforderung vor Ort zu vermeiden“, sagte Jan-Phillip Tadsen (AfD). So werde die demokratische Legitimation der Migrationspolitik gestärkt. „Wir brauchen den Zugang von Menschen“, erwiderte Innenminister Christian Pegel (SPD). Migrationspolitik sei eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit. Beim Spitzengespräch „Migration“ sei es der kommunalen Familie wichtig gewesen, ein klares Bekenntnis für das erfolgreiche Umsetzen der Herausforderungen zu geben. Ann Christin von Allwörden (CDU) warf der AfD vor, mit ihrem Antrag Unfrieden stiften zu wollen. „Ein Aufnahmestopp einzelner Gemeinden nach eigener Einschätzung würde zu einer Überlastung anderer Gemeinden führen, zu einem Chaos bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge.“ An der Gesamtsituation würde das dann nichts ändern. „Wehret den Anfängen“, sagte Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die AfD wolle per rechtlicher Grundlage Ausgrenzung, Hilfsverweigerung und Ausländerfeindlichkeit legalisieren. Das Asylgesetz sei ein Bundesgesetz und habe seine Grundlage in der Genfer Flüchtlingskonvention. Der Gesetzentwurf der AfD ist nach Meinung von Martina Tegtmeyer (SPD) nicht rechtskonform. Er stelle eher einen Angriff auf die im Grundgesetz festgelegte bundesstaatliche Ordnung dar. „Die Entscheidung über Aufnahme oder Einreise von ausländischen Flüchtlingen ist keine Angelegenheit einer örtlichen Gemeinschaft.“ „Sie legen uns einmal mehr eine Initiative vor, von der Sie ganz genau schon vorher wissen, dass es keine Zustimmung geben kann“, sagte der Fraktionsvorsitzende der FDP, René Domke, der AfD. Der Antrag sei aus rechtlichen Gründen nicht umsetzbar.

*Gesetzentwurf der Fraktion AfD
Drucksache 8/1912*

*Beschluss:
Ablehnung der Überweisung*

Ausschusssitzungen auch für die Öffentlichkeit

Vor 30 Jahren wurde in der Landesverfassung festgelegt, dass die Sitzungen der Fachausschüsse des Landtages unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagen. Diese kann jedoch per Antrag erlaubt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wollten mit ihren jeweiligen Anträgen dem Beispiel derjenigen zehn Bundesländer folgen, wo es genau umgekehrt ist: Öffentlichkeit ist die Regel, die Nicht-Öffentlichkeit die Ausnahme. Es ginge um Transparenz, argumentierte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, aber auch um Teilhabe am politischen Prozess. Dazu gehöre genauso, öffentliche Sitzungen „grundsätzlich per Livestream [zu] übertragen“.

Die FDP sah es ähnlich. Fachausschüsse, seien „die Werkstätten des Landtages“, wo „die eigentliche parlamentarische Arbeit“ stattfände. Sie sollten „zu gläsernen Werkstätten“ werden. „Werkeln“ hinter verschlossenen Türen sei nicht mehr zeitgemäß befand die FDP und fragte: „Wovor haben wir denn Angst?“

Beide Fraktionen warben um die Überweisung zur Klärung von Detailfragen. Die AfD unterstützte die Anträge. Denn wenn die Ausschüsse die Werkstätten der Politik seien, knüpfte die AfD an die FDP an, dann werde in der Landtagsdebatte nur das „fertige Werkstück“ präsentiert, ohne dass der Bürger die Entstehungsgeschichte kenne.

Für die SPD stellte sich die Frage, ob das jetzige System funktioniere oder nicht. Grundsätzlich funktioniere es. Darum seien die Anträge „überflüssig“, denn bei Bedarf ist Öffentlichkeit möglich. Die Koalitionsfraktionen seien „immer offen“, wenn es „die Situation verlangt“, versicherte DIE LINKE. Momentan gebe es keine „dringende Notwendigkeit für die Änderung der Verfassung“.

Die CDU forderte die SPD auf, „mit der Zeit [zu] gehen“. Es wäre „vernünftig“, wenn die bisherige Ausnahme zur Regel würde. Denn Öffentlichkeit „tut doch gar nicht weh an dieser Stelle“.

Mit den Stimmen von DIE LINKE und SPD und sonstiger Zustimmung wurde die Überweisung abgelehnt.

*a) Erste Lesung des Gesetzentwurfes
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/1923*

Beschluss:

*Ablehnung der Überweisung
Gemäß § 48 Abs. 3 GO LT wird der Gesetzentwurf spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt.*

in Verbindung mit:

b) Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktion der FDP

Drucksache 8/1938

*Beschluss: Ablehnung der Überweisung
Gemäß § 48 Abs. 3 GO LT wird der Gesetzentwurf spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt.*

in Verbindung mit: c) Antrag FDP

Drucksache 8/1943

*Beschluss: Ablehnung der Überweisung
Der Antrag wird spätestens nach drei Monaten erneut auf die Tagesordnung gesetzt.*

MV-Schutzfonds hat Zweck erfüllt

Die Corona-Pandemie stellte die Gesellschaft vor eine herausfordernde, höchst ungewisse Situation. Dem begegnete die Landespolitik mit der Einrichtung des MV-Schutzfonds. Ab 2020 wurden für die Bewältigung der Pandemie und ihrer Folgen Kredite von insgesamt 2,85 Milliarden Euro bereitgestellt. Der Landesrechnungshof prüfte deren korrekte und verfassungskonforme Verwendung und veröffentlichte die kritischen Ergebnisse.

Darauf Bezug nehmend, forderte die Opposition fraktionsübergreifend die Abwicklung des Schutzfonds zum Ende des Haushaltes.

Kernpunkt sei, so die FDP, dass die rechtlich geltende Schuldenbremse nur in Notsituationen eine Kreditaufnahme gestatte. Die Mittel dürften dann lediglich für Maßnahmen in einem „sachlichen und zeitlichen Zusammenhang“ zu der Situation verwendet werden. Hier fand der Rechnungshof Diskrepanzen beim Schulbauprogramm, der Universitätsmedizin und bei Digitalisierungsprojekten. Gerade diese Ausgaben hätten dazu gedient, „die Folgen der Pandemie weiter zu bewältigen und uns widerstandsfähiger zu machen“, erklärte Finanzminister Dr. Heiko Geue und kündigte für 2024 eine Sondertilgung von 500 Millionen Euro an.

Es bestünde „der Verdacht“, so BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass mit dem Schutzfonds zwar notwendige, aber reguläre Maßnahmen finanziert wurden. Dafür sei der Haushalt da.

Man könne in einer Krise Programme schneller umsetzen, gab die CDU zu, doch nicht zu 100 Prozent mit Krediten. Die AfD hielt den Schutzfonds für einen „Parallelhaushalt“, der sich der parlamentarischen Haushaltskontrolle entziehe. SPD und LINKE verteidigten die Verwendung der Mittel. Der Schutzfonds habe geholfen, „eine Krise zu beherrschen“ und die „Gesellschaft nicht implodieren zu lassen“, verdeutlichte DIE LINKE. Die SPD verwies zudem auf die damaligen günstigen Kreditkonditionen.

a) Beratung der Unterrichtung durch den Landesrechnungshof Sonderbericht MV-Schutzfonds Drucksache 8/1134

hierzu

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses

Drucksache 8/1959

hierzu

Änderungsantrag

CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP

Drucksache 8/1985

Änderungsantrag AfD

Drucksache 8/1992

Beschluss: Annahme der Ziffer I und der Ziffer II Nummern 1 und 2 der Beschlussempfehlung

Ablehnung der Änderungsanträge in Verbindung mit:

b) Antrag FDP, Drucksache 8/1936

Beschluss: Ablehnung des Antrages

Zunächst keine höheren Entschädigungen für Feuerwehren

Nach den Mehrbelastungen der Freiwilligen Feuerwehren und Pflichtfeuerwehren in MV haben die ehrenamtlich Tätigen nach Auffassung von Marc Reinhardt (CDU) höhere Aufwands- und Verdienstausfallentschädigungen verdient. Er erinnerte an die Waldbrände im Munitionsgebiet von Lübbtheen oder die vielen Sturmweinsätze im vergangenen Jahr. Seit mehr als zehn Jahren seien die Entschädigungen nicht mehr erhöht wor-

den. Innenminister Christian Pegel (SPD) sagte, dass die Angelegenheit bereits in seinem Ministerium behandelt werde. „Ich gehe davon aus, dass wir das im Laufe dieses Jahres irgendwann um den Sommer herum abschließen können.“ Enrico Schult (AfD) erinnerte daran, dass die Kommunen finanziell entsprechend ausgestattet werden müssten, um die höheren Entschädigungen zahlen zu können. Gleichzeitig müssten die Feuerwehren gut und modern ausgestattet sein. „Das ist es, was die Kameraden wollen.“ „Wir können es uns nicht leisten, dass Menschen sich aus solch wichtigen Strukturen zurückziehen, nur weil Lohnarbeit und gestiegene Lebenshaltungskosten sie dazu zwingen“, sagte Michael Noetzel (DIE LINKE). Zum Glück arbeite der überwiegende Teil nicht wegen der Entschädigung in ihren Ehrenämtern. Angesichts der starken Preisentwicklung sei es überfällig, die Entschädigungen auf ein Niveau zu heben, das diesen Namen auch verdient, betonte der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Harald Terpe. Zu geringe Entschädigungen würden zu einem Almosen degradiert. David Wulff (FDP) erinnerte daran, dass die Opposition bei diesem Thema regelmäßig nachgehört und nachgehakt habe. „Und dann bewegt sich auch mal was.“ Bei den Entschädigungen spiele das Thema Wertschätzung eine tragende Rolle. „Wir brauchen aber auch Arbeitgeber, die es ihren Arbeitnehmern ermöglichen, ein solches Ehrenamt auszuführen“, sagte Wulff.

Antrag der Fraktion

der CDU - Drucksache 8/1930

Beschluss: Ablehnung des Antrags

Änderungsantrag der Fraktion der AfD -

Drucksache 8/1993

Beschluss: Ablehnung des Änderungsantrages

Technologie gegen Arbeitskräftemangel

Neue Ideen seien gefragt, um dem Fachkräftemangel beizukommen. Auch „Anreize setzen“, könne laut Antrag der AfD helfen. Der Grundgedanke dabei sei, dass Digitalisierung, Automatisierung und Robotisierung den Bedarf an Ar-

beitskräften sowie die Betriebskosten im Tourismus, Einzelhandel, Gesundheitswesen oder in der Landwirtschaft verringern.

Schon in der Vergangenheit, erläuterte die AfD, sei dem Fachkräftemangel erfolgreich mit technischen Innovationen begegnet worden. Die Fraktion schlug vor, Unternehmen und Verwaltungen über bestehende Praxisbeispiele und Förderungsmöglichkeiten existierender Programme zu informieren. Gezielte Pilotprojekte könnten Unternehmen motivieren, verstärkt und schneller in Technologieanwendungen zu investieren. Eine beratende Lenkungsgruppe und eine Machbarkeitsstudie sollten „versteckte Potenziale“ der Automatisierung und Digitalisierung in Verwaltung und im Dienstleistungssektor aufzeigen.

Am Ende votierte nur die AfD für ihren Antrag. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beteiligten sich nicht an der Debatte. Diejenigen, die sprachen, betonten, die AfD komme mit ihrem Antrag viel zu spät. „Die Realität ist schon viel weiter“, bekräftigte Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD), denn „Automatisierung, Digitalisierung, Robotik ist längst in den Unternehmen angekommen“.

Der CDU sei wichtiger, die Forschung und den „umfassenden Wissens- und Technologietransfer in die kleinen und mittleren Unternehmen“ zu stärken.

Welche „neuen Aspekte“ wolle die AfD ansprechen, fragte DIE LINKE. Denn die Fraunhofer-Studie „Industrie 4.0 und Digitalisierung der Wirtschaft – Potenziale für Mecklenburg-Vorpommern“ habe alle erwähnten Bereiche „hinreichend beleuchtet“ und Empfehlungen herausgearbeitet.

Robotik und Digitalisierung seien aufgrund vorteilhafter Kosten-Nutzenabwägungen aus den Unternehmen nicht wegzudenken, wusste die FDP: „Das passt von ganz allein.“

Antrag AfD

Drucksache 8/1918

Beschluss:

Ablehnung des Antrages



Finanzminister Dr. Heiko Geue

Der Donnerstag einer Landtags-Sitzungswoche beginnt in der Regel mit der Befragung der Landesregierung. Hierfür benennen die Abgeordneten, die eine Frage stellen wollen, im Vorfeld den Geschäftsbereich sowie das jeweilige Themengebiet ihrer Frage. Somit haben die betreffende Ministerin oder der betreffende Minister die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Die tatsächliche Frage stellt ihnen der oder die Abgeordnete im Rahmen der Fragestunde.

René Domke, FDP:

Wunderschönen guten Morgen!

Und zwar haben wir die Frage eingereicht beziehungsweise möchte ich die Frage stellen, wie Sie die Finanzkraft Mecklenburg-Vorpommerns mittel- und langfristig beurteilen angesichts der steigenden Zinsen und auch der Inflation, was wir in der Mittelfristigen Finanzplanung vielleicht ändern müssen, wo wir auch bei Investitionen neu bewerten müssen und wie Sie jetzt damit im Haus umgehen.

Minister Dr. Heiko Geue:

Ja, vielen Dank!

Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter! Wir hatten ja gestern auch schon die Debatte, was in den letzten Jahren an Krisen tatsächlich auch das Land Mecklenburg-Vorpommern erreicht hat und dass wir durch die Corona-



Landtagspräsidentin Birgit Hesse

Krise mit antizyklischer Finanzpolitik gut durchgekommen sind. Wir haben jetzt andere Zeiten. Jetzt ist keine Zeit für antizyklische Finanzpolitik, sondern tatsächlich für auch Wachstumspolitik, um aus den Krisen gestärkt hervorzukommen.

Und deswegen war ja auch Ihre Frage und Sie haben es jetzt noch mal konkretisiert, wie können wir denn eigentlich weiter das Land positiv aufstellen für die Zukunft. Und da sind die Investitionsausgaben, die Investitionsquote sehr, sehr wichtig. Und da kann ich vielleicht in dem Zusammenhang sagen, dass wir in 2022 mit einer Investitionsquote von 17,1 Prozent den zweiten Platz von allen Bundesländern eingenommen haben, nur noch Sachsen-Anhalt hatte eine höhere Investitionsquote. Das ist gut, weil wir ja was aufholen wollen, weiter auch aufholen wollen gegenüber süd- oder westdeutschen Bundesländern, die weiter vor uns sind, und auch für 2023 ist die Investitionsquote nicht mehr ganz so hoch, aber mit 15,5 Prozent auch immer noch eine sehr hohe. Und Sie



FDP-Fraktionsvorsitzender René Domke

wissen, wir haben ja auch den Nachtragshaushalt im letzten Jahr gehabt, wo wir ganz explizit für unsere Jahrhundertchance Wasserstoffwirtschaft/klimaneutrale Industrie da zusammen mit dem Bund 560 Millionen zur Verfügung stellen. Also es sind große Zahlen.

Natürlich ist es so – das ist aber hier keine Besonderheit für die Investitionen –, dass uns die höheren Preise, die Inflation auch zu schaffen machen. Auf der einen Seite, hatte ich auch gestern schon gesagt, Mehreinnahmen für den Landshaushalt, das ist gut, sonst würden wir es gar nicht ohne neue Schulden schaffen, aber auf der anderen Seite sind die Mehrausgaben tendenziell nach wie vor höher. Das führt aber noch nicht dazu, wir werden jetzt noch mal sehen, wie die Haushaltsverhandlungen weiter ausgehen, aber bisher sehen wir seitens des Finanzministeriums keinen Grund, den Investitionskorridor, also für Bauen, wenn Sie darauf auch konkret eingehen, irgendwie verändern zu müssen. Wir haben limitierende Faktoren, das ist auch klar, aber wir planen auch weiter mit hoher Investitionsquote.

Präsidentin Birgit Hesse:

Vielen Dank, Herr Minister!

Herr Domke, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

René Domke, FDP:

Ja, vielleicht noch etwas konkreter. Können Sie ausschließen, dass wir in dieser schwierigen Situation auch irgendwann über Einnahmeerhöhungen sprechen, also über Steuererhöhungen? Und welche konkreten Vorschläge gibt es denn, also wo könnten wir denn Einsparpotenzial heben, um eben genau durch diese

Strecke zu kommen? Vielleicht können wir es ein bisschen konkreter machen.

Minister Dr. Heiko Geue:

Das sind ja letztendlich – Frau Präsidentin, Herr Abgeordneter –, es sind letztendlich zwei Fragen,

(Heiterkeit bei Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

das ist auch okay.

Wir haben jetzt keine Pläne. Was die Bundesregierung macht, werden wir sehen. Also wir sind ja gerade in der Steuerpolitik als Bundesland ganz stark davon abhängig, was die Bundesregierung macht. Wenn dort Steuererhöhungen kämen, dann würden wir natürlich davon partizipieren. In der gegenwärtigen Situation in den letzten Jahren hat aber die Ampel ganz zu Recht Steuererleichterungen beschlossen, um auch Wirtschaft und den Menschen angesichts hoher Energiepreise auch eine Entlastung zukommen zu lassen. Das hatte ich gestern auch schon gesagt, das finanzieren wir ja mit, mit über 300 Millionen pro Jahr.

Wo wir hinschauen, ist tatsächlich im Bereich erneuerbare Energien, wo können dort Gebühren genommen werden, wenn zum Beispiel neue Windkraftanlagen gebaut werden. Aber das ist letztendlich, das sind Investitionen, da wird Gewinn mit gemacht, und wir werden Teile des Gewinns auch abschöpfen. Das halten wir uns auch weiter offen, da gibt es aber noch keine ganz konkreten Pläne, sondern nur diese prinzipielle Aufstellung.

Bei Einsparungen hatten wir auch gestern schon gesprochen, ich bin der Meinung, das muss ich leider den Ressorts zumuten, dass wir auch in den nächsten Jahren 150 Millionen einsparen müssen. Ganz zentral ist aber aus meiner Sicht, dass die Landesverwaltung sich modernisiert, weil wir, und das ist eigentlich auch bei den Investitionen der fast schon eher limitierende Faktor als das Geld, nämlich die Problematik, dass wir



Innenminister Christian Pegel

Foto: U.Sinnecker/Archiv

Fachkräftemangel haben, und zwar nicht nur für die Investitionen selbst, sondern natürlich auch Planung und Genehmigung. Das ist ein stark limitierender Faktor und wir müssen die öffentliche Verwaltung modernisieren. Deswegen Modernisierungskonzepte, deswegen unser zentrales Nachbesetzungsverfahren, wo wir ja auch Anreize setzen wollen, damit das auch tatsächlich passiert, weil wir wissen in diesem Jahrzehnt, wir kriegen nicht mehr die Fachkräfte, die wir eigentlich bräuchten, also brauchen wir andere Verfahren, weniger interne und externe Bürokratie und mehr digitale Verfahren. Das halte ich für ganz zentral.

Präsidentin Birgit Hesse:

Vielen Dank, Herr Minister!

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Nun hat das ja auch witzigerweise was mit der finanziellen Förderung der Agrarwirtschaft zu tun, aber ich denke, der Minister Pegel kann jetzt leicht trotzdem was dazu sagen. Thema ist der Moorklimaschutz, Förderung auf Grünland.

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es 144.000 Hektar Grünland auf Moorstandorten. All diese Moorstandorte für die Nutzung als Grünland müssen entwässert werden, und damit sind

sie größte Emissionsquelle im Land, so weit bekannt. Nun kann auf 137.500 Hektar, also weit über 90 Prozent dieses Grünlandes, die durch das Land finanziell geförderte Agrarumwelt- und Klimamaßnahme „... naturschutzgerechte Grünlandnutzung (GN)“, Fördervariante extensive Dauergrünlandbewirtschaftung, beantragt werden. Hierfür erhalten die Landwirte 220 Euro pro Hektar und Jahr. Innerhalb der Agrarumwelt- und Klimamaßnahme gibt es leider keinerlei Vorgaben für vorzuhaltende Mindestwasserstände auf den geförderten Flächen. Es darf demzufolge das Grünland mit finanzieller Unterstützung des Landes weiterhin tief entwässert werden. Die Fördermittel sind hier sogar ein starker zusätzlicher Anreiz für eine klimaschädigende Bewirtschaftung, da eine entsprechende Bewirtschaftung derselben Fläche ohne die Fördermittel wirtschaftlich deutlich unattraktiver wäre.

Meine Frage:

Warum fördert die Landesregierung diese Form der klimaschädlichen Landnutzung durch das benannte Förderprogramm?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin nicht sicher, ob wir über das gleiche Förderprogramm reden. Da müssen Sie mir gleich auf die Sprünge helfen.



Der Abgeordnete Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt seine Frage an Innenminister Christian Pegel.

Mir haben die Kolleginnen und Kollegen des Landwirtschaftsministeriums Fördermaßnahmen aus den Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen für das Jahr 2023 an die Hand gegeben, mit denen sie insbesondere moorschonende Stauhaltung und Paludikultur als Zielpunkt der Förderung mir auf den Weg gegeben haben. Ich fürchte, dass das AUKM, da bin ich nicht sicher, wie sich das abkürzt, mehr als eine Fördermaßnahme enthält, und schließe nicht aus, dass ich zu Ihrem Sachverhalt deshalb nicht aussagefähig bin. Ich habe mich fleißig bemüht, die Dinge hier einzulesen,

(Heiterkeit bei Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die mir auf den Weg gegeben wurden, kann aber nicht ausschließen, dass der Punkt, ich nehme an, das ist eine andere Fördermaßnahme als die, die Sie im Blick haben, angesprochen ist. Deswegen bitte ich um Nachsicht und werde Kollegen bitten müssen. Wenn Sie mir die Frage hinterher noch mal gäben, ...

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr gern.

Minister Christian Pegel:

... wäre es für mich leichter, das an die Hand zu geben.

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ja, dann würde ich nur noch eine allgemeinere Nachfrage vielleicht stellen und die Möglichkeit geben und würde mich über die Beantwortung der ersten dann freuen. Wie will die Landesregierung bis 2040 klimaneutral werden, wenn sie mit diesem Förderprogramm nicht die größte Quelle für CO₂-Emissionen in M-V, das entwässerte Moorgrünland, quasi abstellt, also was sind da die Strategien draus?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Kolleginnen und Kollegen des Landwirtschaftsministeriums haben, so verstehe ich, ab dem Jahr 2023 neue Fördermaßnahmen in der eben genannten Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahme aufgelegt. Zielpunkt einer dieser Fördermaßnahmen ist, für die in wiedervernässten Bereichen fortgesetzten landwirtschaftlichen Tätigkeiten auf mit Grünland genutzten Flächen entsprechende Unterstützung an die Hand zu geben, um in der Tat dort dann entsprechend höhere Wasserstände zuzulassen.

Ich habe gelernt, dass die Annahme in der Förderperiode 2023 weit über das Maß hinausgeht, was man erwartet hatte, sodass man für 2024 bereits die entsprechenden Weiterungen dieser Fördermaßnahme vornimmt, sodass ich den Eindruck

habe, dass das, was wir bereits wiedervernässt haben, wo trotzdem noch Landwirtschaft stattfindet, das Landwirtschaftsministerium jeweils in den Einzelfällen sehr wohl und sehr intensiv bemüht ist, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen und darüber hinaus ja Wiedervernäsungsmaßnahmen bis 2040 möglichst vieler oder sogar aller Moore, auf denen noch Landwirtschaft stattfindet, im Blick hat, was allerdings erstens auf der Förderseite eine Herausforderung wird und dann in Teilen mit Sicherheit auch auf rechtlichen Seiten. Da wird es mit Sicherheit auch Widerstände geben.

Präsidentin Birgit Hesse:

Vielen Dank, Herr Minister!

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, würde der erste Teil der Frage beziehungsweise die Antwort dann noch mal nachgereicht werden.

Minister Christian Pegel:

So würde ich gern verbleiben, wenn mir die Chance gegeben wird, die Frage noch einmal konkret zu haben, weil das ja eine spezielle Fördermaßnahme war.

Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das können Sie auch durch Herrn Backhaus im Ministerium dann machen lassen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Minister Christian Pegel:

Ja, ja, das würde ich, also ich muss. Um dem Missverständnis vorzubeugen, ja, aber ich würde den Kollegen gern genau an die Hand geben, was Sie umtrieb. – Herzlichen Dank!

Präsidentin Birgit Hesse:

Sehr schön! Vielen Dank, Herr Minister!

Nikolaus Kramer, AfD:

Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister! Schönen guten Morgen! Wir hatten ja vorhin am Rande schon das Thema. Ich frage die Landesregierung oder Sie speziell zu dem NATO-Manöver „Air Defender“ vom 12. bis 23. Juni 2023: Inwieweit ist die Landesregierung in die Vorbereitung und Durchführung dieses Manövers mit involviert? Wenn Sie nicht involviert sind, dann: Inwieweit gibt es da Informationsfluss zwischen den einzelnen Behörden? – Danke schön!

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Sehr geehrter Fraktionsvorsitzender, vielen Dank! Da es sich um eine durch die Bundeswehr vorbereitete Übung handelt, sind die Bundesländer nicht einbezogen.

*(Zuruf von
Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Wir sind ja nicht Teil solcher Manöver, aber die Bundeswehr und die NATO legen viel Wert darauf – im Übrigen deutlich anders sicherlich als noch vor einem Jahrzehnt –, dass diejenigen, die betroffen sind, auch eine Chance haben zu transportieren, dass die Behörden, die miteinbezogen werden müssen in die konkreten Sachverhalte, frühzeitig Informationen bekommen. Von daher gibt es dann so Einladungen der Bundeswehr für die Bundesländer, vor allen dann die Innenministerien, zum Teil auch die Verkehrsministerien, wenn sie berührt sind, um sich einmal ins Bild bringen zu lassen, und die ist erfolgt.

Vor dem Hintergrund wissen wir, dass seit knapp zwei Jahren in der Tat so eine Luftübung vorbereitet wird. Deutlich über 200 Luftfahrzeuge werden daran teilnehmen, knapp die Hälfte davon wird extra aus den USA hierhergeführt werden. Nach meiner Erinnerung sind um die 20.000 Soldaten, nee, 10.000 Soldatinnen und Soldaten geplant einzubeziehen, und in dem Zeitraum werden umfangreichere Luftlandeübungen und Lufthoheitsübungen stattfinden,



Foto: U.Sinnecker/Archiv

Der Fraktionsvorsitzende der AfD, Nikolaus Kramer, stellt seine Frage an Innenminister Christian Pegel.

die in drei in der Bundeswehr Deutschland aufgeteilten großräumigen Bereichen zentral über Deutschland stattfinden, aber sich offenbar auch bis in den Benelux-Raum und umgekehrt bis in den polnischen und dann den baltischen Raum hineinziehen werden.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Präsidentin Birgit Hesse:

Vielen Dank, Herr Minister!

Herr Kramer, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Nikolaus Kramer, AfD:

Ja, das möchte ich.

Plant die Landesregierung dementsprechend, die Bevölkerung des Landes Mecklenburg-Vorpommern auch dahin gehend noch mal zu informieren? Oder ist der Landesregierung bekannt, dass diese Information seitens der Bundesregierung/der Bundeswehr erfolgen wird? Weil gerade im Hinblick auf diese kriegerische Auseinandersetzung zwischen Ukraine und Russland kann das natürlich schon für Sorgenfalten auf den Stirnen der Menschen führen. Und da sehe ich doch die Behörden in der Informationspflicht diesbezüglich.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Ich auch.)*

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Bundeswehr hat zumindest bei den letzten Übungen – das waren dann seeseitige Übungen – sogar sehr detailliert und sehr bewusst informiert, um gegebenenfalls Bilder, die erschrecken könnten, vorher erklärt zu haben. Ich gehe fest davon aus – und so ist auch die Signalwirkung –, dass die Bundeswehr ihrerseits erneut informieren wird, wobei wir hier tatsächlich bei Übungen im Luftraum sind, die überwiegend gar nicht wahrnehmbar sein werden. Der Standort, der sicherlich deutlichere Wahrnehmung haben wird, ist Rostock-Laage, weil er als einer von mehreren Militärflughäfen Start- und Landepunkt ist. Ich gehe fest davon aus, dass Rostock-Laage – ohnehin das dortige Luftwaffengeschwader – regelmäßig im Austausch auch mit der örtlichen „Ostsee-Zeitung“ ist, um immer sehr zeitnah auch über eigene, manchmal ja intensiver stattfindende Übungen zu informieren. Aber die Bundeswehr wird erneut informieren, und wir werden, weil wir keine Sachinformationen im Detail geben können, weil eben die Übung selber eine NATO-Übung ist, in der die Bundeswehr der Partner ist und nicht das Land Mecklenburg-Vorpommern, im Detail nicht informieren können. Aber die Bundeswehr hat und wird auch dieses Mal entsprechende Informationen geben.



Thomas Diener (CDU)

Präsidentin Birgit Hesse:

Vielen Dank, Herr Minister!

Thomas Diener, CDU:

Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Minister, schönen guten Morgen! Hew ik jüst noch Glück hebben, glöw ik hier, ne?!

Folgende Frage: Der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, also zuständig für Ernährung und Landwirtschaft, hat am 27. Februar dieses Jahres einen Gesetzentwurf zum Werbeverbot für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- oder Salzgehalt für Kinder angekündigt. Dem Vernehmen nach sollen Regelungen für Hörfunk, Presse oder andere gedruckte Veröffentlichungen, Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere Internetseiten, audiovisuelle Mediendienste, TV und Dienste auf Abruf, On-Demand-Angebote und Video-Sharing-Plattform-Dienste vorgenommen werden. Teilen Sie die Auffassung der zuständigen Ministerin aus Rheinland-Pfalz, dass Fragen der Medienregulierung in die Zuständigkeit der Länder fallen?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zunächst darf ich herzlich von der Kollegin grüßen, die ich heute vertrete. Frau Justizministerin ist erkrankt. Ich wünsche ihr von hier aus beste Genesung, schnelle

Genesungswünsche und bemühe mich jetzt, genau diese Rolle zu ersetzen, in Vertretung.

Ich habe bisher von der Kollegin keinen Hinweis erhalten, dass sie Besorgnisse hätte, dass diese, im Übrigen auch von der Europäischen Union empfohlenen, von Gremien der Europäischen Union empfohlenen Werbegrenzen durch die Bundesländer für sich beansprucht werden, sondern nehme wahr, dass die zuständige Verbraucherschutzministerinnen- und -ministerkonferenz vielmehr den Bundeskollegen ganz ausdrücklich aufgefordert und bestärkt hat, seinen Weg fortzusetzen, und dass es da eine gemeinsame Überzeugung zumindest dieser speziellen, auf Verbraucherschutzfragen konzentrierten Ministerrunde gegeben hat.

Es gibt hier im Lande bisher für mich nicht erkennbar jemanden, der das für die einzelnen Bundesländer in Anspruch nähme. Und ich gehe davon aus, dass im Übrigen auch Einschränkungen der Alkoholverbung, der Zigarettenbewerbung nie durch die einzelnen Bundesländer erfolgt sind, weil sie auf Medien Einfluss haben, sondern dass die jeweils unter dem Jugendschutzaspekt oder, ja, ich glaube unter dem Kinder- und Jugendschutzaspekt dann in den bundesgesetzlichen konkurrierenden Gesetzgebungen wahrgenommen werden.

Thomas Diener, CDU:

Also offensichtlich haben wir da unterschiedliche Auffassungen. Dann lassen wir das erst mal so stehen. Es ist nicht das erste Mal so. Auch Kollege Dr. Till Backhaus hat ja mehrheitlich auf die, sagen wir mal, Differenz zwischen Bundesminister und auch Landesminister an der Stelle hingewiesen.

Präsidentin Birgit Hesse:

Nachfrage?

Thomas Diener, CDU:

Ja. Wie bewerten Sie denn diese Forderungen dem Grunde nach?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach meinem Kenntnisstand hat die Verbraucherministerinnen- und -ministerkonferenz gemeinsam diesen Weg unterstützt, zumindest für die Kollegen und das Verbraucherschutzministerium dieses Landes gilt das ganz ausdrücklich. Es gibt – so entnehme ich der Vorbereitung – durchaus namhafte Studien, die einen Zusammenhang belegen zwischen der regelmäßigen Inanspruchnahme von Werbebotschaften und dem eigenen Konsumverhalten. Es gibt offenbar für die Mediennutzung der jungen Generation einen Durchschnittswert, dass man täglich, wenn man als Jugendlicher, als Kind die durchschnittlichen üblichen Mediennutzungszeiten auch tatsächlich selber ausübt, zwölfmal mit Werbung berührt werde oder mit Inhalten, die versuchen, genau in diesen speziellen zu zuckerhaltigen, zu salzhaltigen Bereichen positive Werbung, Botschaften zu verbreiten. Von daher gibt es dort offenbar einen Handlungsdruck.

Und wir sehen umgekehrt – im Übrigen noch mal in der Pandemie verstärkt, so sagen mir die Kolleginnen und Kollegen – einen ganz erheblichen Einfluss auf die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen, was die Fettleibigkeit betrifft, aber was offenbar auch dann Folgeerkrankungen wie Gelenkbeschwerden, aber insbesondere Diabetes des Typs 2 hergeben. Und all das ist Grundlage dafür, an dieser Stelle anknüpfen zu wollen.

Präsidentin Birgit Hesse:

Vielen Dank, Herr Minister!

Laufende Gesetzgebung

Stand: 4. April 1023

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/1725	Landesregierung	Entwurf eines Gesetzes zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Dritter Medien-änderungsstaatsvertrag)	Innenausschuss	1. Lesung: 25.01.2023 in Beratung
8/1736	Landesregierung	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Landes-richtergesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 25.01.2023 in Beratung
8/1737	Landesregierung	Entwurf eines Gesetzes zur Zusammenlegung von Stichtagsmeldungen bei der Tierseuchenkasse	Agrarausschuss	1. Lesung: 25.01.2023 in Beratung
8/1742	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes Mecklenburg-Vorpommern zur Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien in Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 25.01.2023 Ablehnung der Überweisung
8/1743	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern	Bildungsausschuss	1. Lesung: 25.01.2023 in Beratung
8/1884	Landesregierung	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Aufgabenzuordnungsgesetzes	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung: 21.03.2023 in Beratung
8/1885	Landesregierung	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Personalbemessung in vollstationären Pflegeeinrichtungen gemäß § 113c Elftes Buch Sozialgesetzbuch	Sozialausschuss	1. Lesung: 21.03.2023 in Beratung
8/1911	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landeshaushaltsordnung (LHO) Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/1912	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Aufnahme ausländischer Flüchtlinge – Flüchtlingsaufnahme-gesetz (FLAG) –	-	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/1913	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Finanzierung und zur Transparenz in der Freien Wohlfahrts-pflege in Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/1923	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/1938	FDP	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/1979	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern (Sicherheits- und Ordnungsgesetz – SOG M-V)	-	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 21. und 22. März 2023 entschieden | Stand: 4. April 2023

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/1489	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes	DIE LINKE, SPD	1. Lesung: 09.11.2022 2. Lesung: 22.03.2023	Annahme
8/1490	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes	SPD, DIE LINKE	1. Lesung: 09.11.2022 2. Lesung: 21.03.2023	Annahme
8/1559	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landesgraduiertenförderungsgesetzes	LReg.	1. Lesung: 07.12.2022 2. Lesung: 22.03.2023	Annahme
8/1578	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Glücksspielstaatsvertragsgesetzes 2021 (Glücksspielstaatsvertragsausführungsänderungsgesetz – ÄndGlüStVAG M-V)	CDU, FDP	1. Lesung: 07.12.2022 2. Lesung: 22.03.2023	Ablehnung

Foto: Landtag MV



Neuer Datenschutzbeauftragter

Sebastian Schmidt ernannt

■ Der neue Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Mecklenburg-Vorpommern ist am 26. April von Landtagspräsidentin Birgit Hesse ernannt worden. Im Beisein mehrerer Abgeordneter vereidigte sie Sebastian Schmidt (1. Reihe, 2.v.l.) im Schweriner Schloss und überreichte ihm die Ernennungsurkunde. Sebastian Schmidt war im Dezember vergangenen Jahres auf Vorschlag der Fraktionen DIE LINKE und SPD vom Landtag gewählt worden. Die Amtszeit beträgt sechs Jahre.

Foto: AfD-Fraktion



Austritt aus Fraktion

Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner
fraktionslose Abgeordnete

■ Die Abgeordnete Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner ist nicht mehr Mitglied der AfD-Fraktion im Landtag. Eine entsprechende Erklärung des Austritts aus der Fraktion hat am 26. April 2023 Landtagspräsidentin Birgit Hesse erreicht. Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner gehört dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern damit nun als fraktionslose Abgeordnete an.

Pflegekosten

Beratung zu gestiegenen Heimentgelten im Petitionsausschuss

■ **Rapide steigende Preise in der Pflege stellen aktuell für viele Pflegebedürftige und ihre Angehörigen eine große Belastung dar. Die damit verbundenen Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger beschäftigen auch den Petitionsausschuss. So richteten sich zwei Petitionen gegen eine erhebliche Erhöhung des monatlichen Heimentgeltes einer privaten Pflegeeinrichtung. Die Einrichtung hatte die Erhöhung des Heimentgeltes mit gesteigerten Gehältern des Pflegepersonals sowie massiven Preissteigerungen in den Bereichen Wasser, Energie und Lebensmittel begründet. In seiner Sitzung am 15. März führte der Petitionsausschuss eine Beratung zu diesen Petitionen durch. Neben den Abgeordneten des Petitionsausschusses nahm eine Vertreterin des Sozialministeriums teil, um Stellung zu den Entgelterhöhungen in der Pflege zu nehmen und die Fragen der Ausschussmitglieder zu beantworten.**

Das Sozialministerium stellte voran, dass die Finanzierung der Pflegeversicherung zwingend einer grundlegenden Korrektur bedürfe. Für spürbare Entlastungen müsse die Pflegeversicherung nahezu vollumfänglich neu aufgestellt werden. Für Änderungen des der Pflegeversicherung zugrundeliegenden SGB XI sei der Bund zuständig. Daher setze sich Sozialministerin Drese bereits seit Jahren für entsprechende Reformen gegenüber dem Bund ein. So sei auf Druck aus MV bereits 2021 das Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz in Kraft getreten, welches Pflegebedürftige durch erhebliche Leistungszuschläge entlaste. Da dies nur der erste Schritt sein könne, wurde ebenfalls auf Initiative Mecklenburg-Vorpommerns eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung eingesetzt, die seit Dezember 2021 regelmäßig Tagungen durchführe. Auch die Sozialministerkonferenz habe sich in einer

Sondersitzung des Themas Pflege angenommen. Bei ihren Reformbestrebungen würden die Länder hier insbesondere Wert auf eine bessere Planbarkeit und die Dynamisierung von Geld- und Sachleistungen legen.

Kalkulation der Pflegesätze

Das Sozialministerium wies darauf hin, dass private Pflegeeinrichtungen ihre Kostensätze nicht allein festlegen könnten. In Bezug auf pflegebedingte Kosten sowie Kosten für Unterkunft und Verpflegung würden die Kostensätze zwischen dem Träger der Einrichtung und dem Leistungsträger (Pflegekassen oder sonstige Sozialversicherungsträger) vereinbart werden. Die Leistungsträger hätten dabei sicherzustellen, dass die Entgelte in einem angemessenen Verhältnis zu den Leistungen stehen. Das Sozialministerium sei überzeugt davon, dass jede individuelle Pflegesatzvereinbarung einer detaillierten und kritischen Prüfung seitens des fachkundigen Personals des Einrichtungsträgers unterzogen werde. Auch in den von den Petenten kritisierten Fällen gehe das Sozialministerium von einer nachvollziehbaren Kalkulation des Pflegesatzes und einer gewissenhaften Überprüfung aus. Anhaltspunkte für eine rechtswidrige Erhöhung der Pflegesätze gebe es nicht.

Die Vertreterin des Sozialministeriums erklärte auf Nachfrage des Ausschusses, dass dem Bundestag aktuell ein Gesetzentwurf vorliege, der die Mittel für das derzeit bestehende Zuschlagssystem erhöhen würde. Damit werde ab 2024 zwar eine kurzfristige Entlastung erreicht; diese sei aufgrund der allgemeinen Kostensteigerungen aber nicht nachhaltig. Hierfür bedürfe es einer Änderung des Systems. Dennoch handele es sich grundsätzlich um eine gute Maßnahme des Bundes, der hier nun mehr Geld in die Hand nehme. 2025 solle zu

dieser Thematik ein weiterer Gesetzentwurf folgen.

Entlastungen ab 2024

Das bedeute für die Petenten und andere Betroffene, dass mit konkreten Entlastungen erst ab dem 01.01.2024 zu rechnen sei. Kurzfristig könne leider keine Entlastung in Aussicht gestellt werden, so das Sozialministerium. Man sei sich jedoch der Tragweite der starken Kostenerhöhungen insbesondere in der Pflege bewusst und beabsichtige, sich weiterhin auf Bundesebene für eine Weiterentwicklung der Pflegeversicherung einzusetzen. Die Vertreterin des Ministeriums wies darauf hin, dass Pflegebedürftige, deren Einkommen für die Deckung der Pflegesätze nicht mehr reichen, beim Sozialamt Hilfe zur Pflege beantragen könnten. Die Inanspruchnahme von Sozialhilfe sei keineswegs verwerflich, sondern Teil des verfassungsrechtlich verankerten Sozialstaatsprinzips sei.

Der Petitionsausschuss brachte zum Ausdruck, dass er die Ängste und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger Mecklenburg-Vorpommerns infolge rapider Erhöhungen der Lebenshaltungskosten sehr ernst nimmt. So besteht auch Einigkeit darüber, dass insbesondere Pflegebedürftige und ihre Angehörigen zukünftig stärker entlastet werden müssen. Der Petitionsausschuss unterstützt daher die Bestrebungen des Sozialministeriums, auf Bundesebene Verbesserungen zur Finanzierung der Pflege zu erwirken, und beschloss im Ergebnis seiner Beratung, die Petitionsverfahren mit dieser Intention abzuschließen.



Philipp da Cunha, MdL (2. von links oben), Beate Schlupp, 1. VP (4. von links oben)

Klimawandel in der Arktis

Zentrales Thema der Sitzung der BSPC-Arbeitsgruppe in Tromsø



Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Philipp da Cunha, MdL (links) mit den Vizevorsitzenden Jesper Josefsson (rechts) von den Åland Inseln und Jaroslaw Wałęsa aus Polen (mittig)

■ Am 19. bis zum 20. März fand die 7. Sitzung der Arbeitsgruppe für Klimawandel und Biodiversität der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) in Tromsø, Norwegen statt. Nach den Arbeitsgruppensitzungen am 9. und 10. Mai in Mariehamn und am 29. und 30. August 2022 in Schwerin war es das dritte Treffen, das nach dem Ende der Pandemie in Präsenz durchgeführt werden konnte.

In einem intensiven und informationsreichen Austausch mit Expertinnen und Experten des Norwegischen Polarinstitutes (Norwegian Polar Institute), des Institutes für Meeresforschung (Institute of Marine Research, IMR) in Tromsø sowie des Arktischen Rates (Arctic Council) eruierten Ostseeabgeordnete die Auswirkungen des Klimawandels in der Arktis und die Konsequenzen der Erwärmung dieser Polarregion. Unterstützt wurde dies durch persönliche Anschauungen im Museum „Polaria“ und im Polarmuseums der örtlichen Universität. Landtagsabgeordneter und Arbeitsgruppenvorsitzender Philipp da Cunha kommentiert: „Es ist erschreckend – in

der Arktis vollzieht sich der Klimawandel dreimal schneller als im Rest der Erde. Und vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass diese Arbeitsgruppe der BSPC jetzt und hier zusammentritt. Für die thematische Schwerpunktsetzung bin ich unseren Partnern vom norwegischen Parlament daher sehr dankbar. Die Arktis ist für das Ökosystem unseres Planeten lebenswichtig; ihre Gesundheit ist entscheidend für unsere gemeinsame Zukunft. Keine andere Region steht vor solchen Herausforderungen. Die globale Erwärmung führt hier zum Verlust des Meereises, zum Auftauen des Permafrostes und zum Anstieg des Meeresspiegels. Diese Veränderungen haben tiefgreifende Auswirkungen auf die Menschen, die Tierwelt und die Ökosysteme in der Arktis sowie auf das globale Klimasystem. Es ist außerordentlich wichtig, dass sich die Arbeitsgruppenmitglieder hierzu mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Sachverständigen aus der Region austauschen konnten.“

Neben fachlichen Präsentationen befassten sich die Arbeitsgruppenmitglieder mit organisatorischen Fragen sowie den nächsten Arbeitsschritten im Vor-

feld der BSPC-Jahreskonferenz vom 27. bis 29. August in Berlin. Daneben wurden Herr Jesper Josefsson, Abgeordneter des Parlaments der Åland Inseln, und Herr Jarosław Wałęsa, Abgeordneter des polnischen Sejms, zu Vizevorsitzenden der Arbeitsgruppe gewählt.

Vizepräsidentin Beate Schlupp zieht ein Fazit und blickt auf die bevorstehenden Aufgaben: „Nach fast drei Jahren intensiver Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der regionalen Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie sehr guter Zusammenarbeit zwischen Abgeordneten aus der gesamten Ostseeregion befindet sich die Arbeitsgruppe auf der Zielgeraden. Die bisher gesammelten Erkenntnisse, Handlungsvorschläge, Stellungnahmen und Antworten der Regierungen auf den Fragenkatalog der Arbeitsgruppe werden eine solide Grundlage für die Abschlussempfehlungen bilden. Auf der nächsten und letzten Arbeitsgruppensitzung Mitte Mai in Danzig werden diese vor ihrer finalen Vorstellung auf der Ostseeparlamentarierkonferenz in Berlin letztmalig zusammen mit dem Abschlussbericht beraten.“



Fotos: Landtag MV

Mitglieder des Ausschusses mit Vertretern des KM Zero Hub



Der Agrarausschuss im Gespräch mit dem Landtag der Region Valencia (Cortes Valencia).

Auslandsreise des Agrarausschusses

Zwischen Wasser und Schweinezucht
Ein Besuch in Valencia

Der Agrarausschuss hat von 27. bis 31. März 2023 die Region Valencia in Spanien besucht. In der ersten einwöchigen Unterrichtungsfahrt des Landtages in dieser Wahlperiode standen folgende Themen im Mittelpunkt:

- Start-up-Kultur in einer Universitätsstadt mit dem Schwerpunkt Ernährungswirtschaft
- Wassermanagement in einer trockenfallenden Region mit unterschiedlichen Nutzungsansprüchen
- Agrarkulturen und ihr Bewässerungsmanagement
- Preisbindung und die Organisation beim Anbau und der Verarbeitung von Zitrusfrüchten aus Sicht der Vertriebsorganisation
- Interessenausgleich zwischen Naturschutz, Fischerei und Reisanbau in der Albufera
- Schweinezucht und Schweinehaltung im Spannungsfeld zwischen Ethik, Verbrauchervorstellungen und den realen Möglichkeiten der Landwirte
- Information über modernste, tiergerechte Ferkelhaltung in Spanien durch einen Preisträger („Porc d’or“)
- Information über eine wachsende Gruppe von Landwirten und Weinbauern, die sich um traditionelle Sorten und deren Anbau kümmern.



Foto: Landtag MV

Mitglieder des Bildungsausschusses informieren sich über die Ausbildung am Regionalen Beruflichen Bildungszentrum Müritz.

Informationsfahrt

Bildungsausschuss beim Regionalen Beruflichen Bildungszentrum Müritz

■ Der Ausschuss für Bildung und Kindertagesförderung hat am 16. März 2023 das Regionale Berufliche Bildungszentrum Müritz besucht, den Gewinner des Deutschen Schulpreises 2022, und sich vor Ort über das Konzept der Integration von praktischer Arbeit in den Unterricht informiert.

Zunächst hat die Schulleiterin Birgit Köpnick die Schule vorgestellt und erklärt, was der Grund für die Auszeichnung sei. So hat die Jury des Deutschen Schulpreises hervorgehoben, dass das Regionale Berufliche Bildungszentrum Müritz (RBB) eine Schule sei, an der das Lehren und Lernen Freude mache. Einer der Leitsätze der Schule lautet: Wir bilden für den Arbeitsmarkt der Zukunft aus. Die Jury des Deutschen Schulprei-

ses kam zu dem Schluss, dass das Regionale Berufliche Bildungszentrum Müritz diesem Leitsatz gerecht werde und den Nachwuchs in Zeiten des Fachkräftemangels für Heute und Morgen qualifiziere, indem sie die Selbstständigkeit der Schülerinnen und Schüler fördere, hohe Leistungserwartungen stelle, handlungs- und projektorientiert in enger Absprache mit den Betrieben der Region arbeite und für ein wertschätzendes und anregendes Lernklima Sorge.

Die Mitglieder des Bildungsausschusses wurden außerdem über das Qualitätsmanagement der Schule informiert, das ebenfalls von der Jury des Deutschen Schulpreises hervorgehoben wurde. Außerdem haben Lehrkräfte des RBB den Ausschussmitgliedern einige von der

Schule regelmäßig organisierte Projekte vorgestellt. So wird beispielsweise die jährlich stattfindende „Regionale Kontaktbörse“ durch die Auszubildenden selbstständig vorbereitet und durchgeführt. Bei einem anschließenden Rundgang durch das Schulgebäude konnten sich die Ausschussmitglieder einen Eindruck vom handlungs- und praxisorientierten Unterricht verschaffen.

Der Deutsche Schulpreis

„Für mehr gute Schulen!“ ist das Motto des Deutschen Schulpreises. Er ist die renommierteste und höchstdotierte Auszeichnung für gute Schulen in Deutschland. Der Wettbewerb des Deutschen Schulpreises umfasst ein mehrstufiges Auswahlverfahren. Die Jury ist besetzt mit rund 40 Expertinnen und Experten aus den Bereichen Bildungswissenschaft, Schulpraxis und Bildungsverwaltung. Neben einem differenzierten Feedback erhalten alle Bewerberschulen exklusive Fortbildungs- und Vernetzungsangebote.



Zahlreiche Besucherinnen und Besucher erkundeten zum Tag des offenen Landtages am 19. Juni 2022 die Schweriner Schlossinsel. Foto: Udo Tanske

Abgeordnete zum „Anfassen“

Beim Tag der offenen Tür am 25. Juni 2023 öffnet sich der Sitz des Landtages

Einmal die Glocke im Plenarsaal läuten oder auf einem der Abgeordnetenplätze sitzen. Beim Tag der offenen Tür im Landtag ist dies möglich und sogar gewollt. Gut 15.000 Besucher nutzen jedes Jahr diese Chance: Fraktionen kennenlernen, Abgeordnete treffen, sich über die Ausschüsse informieren oder einfach verborgene Winkel des Schweriner Schlosses entdecken. Beim Tag der offenen Tür am 25. Juni 2023 ist all dies möglich.

Nach Jahren der Corona-Pandemie öffnete der Landtag im letzten Jahr wieder seine Türen. Tausende Besucher schauten dem Schloss hinter die Fassade in Gebäudeteile, die Besuchern im Parlamentsalltag gewöhnlich verschlossen bleiben. „So viel Leben hatten wir seit

2019 nicht mehr im schönsten Landtagssitz Deutschlands. Genießen Sie unser Bühnenprogramm, nehmen Sie auf dem Sitz Ihres Lieblingsabgeordneten Platz und schauen Sie in mein Büro“, begrüßte die Landtagspräsidentin Birgit Hesse die Besucherinnen und Besucher.

Geduldige Schlossliebhaberinnen und -liebhaber reichten sich in Warteschlangen und ließen sich von Gästeführerinnen gruppieren. In kleinen Chargen besichtigten sie selten geöffnete Nischen des Landtagssitzes. Besucherinnen und Besucher erkundeten das Teehaus und genossen den Blick über den Schweriner See. Den hatte einst der Mecklenburgische Großherzog für seine Familien- und Privataudienzen präferiert. Schwindel-



Landtagspräsidentin Birgit Hesse (li.) eröffnete mit Dörte Graner (r.) den Tag des offenen Landtages.

Fotos: Uwe Sinnecker/Archiv



Im Vorhof und im Burggarten des Schweriner Schlosses präsentierten sich die Fraktionen.



Großer Andrang herrschte im Plenarsaal, denn wann erhält man schon einmal die Gelegenheit ...



... vom Präsidium aus die Glocke zu läuten.

freie erklimmen über eine wackelige Treppe das Schlossdach bis hinein in die goldene Kuppel. Belohnt mit einem weiten Blick über die Dächer der Landeshauptstadt und an andere Ufer des Schweriner Sees.

Im Vorhof beantworteten Abgeordnete Fragen von Bürgerinnen und Bürgern. Sie erzählten von ihrer Arbeit, diskutierten und informierten. Der Schlossinnenhof bot Fraktionsvorsitzenden und Abgeordneten eine Bühne. Ein bunter und voller Tag, der auch am 25. Juni 2023 wieder zu einem besonderen Erlebnis für alle Beteiligten wird.

Kommen sie vorbei! Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

TAG DER OFFENEN TÜR im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Sonntag, 25. Juni 2023 , Eröffnung um 10:00 Uhr
(letzter Einlass 16:30 Uhr)

www.landtag-mv.de



BLICKEN SIE HINTER DIE KULISSEN IM SCHÖNSTEN LANDTAG DEUTSCHLANDS!

Plenarsaal, Büro der Landtagspräsidentin und weitere besondere Räume des Schweriner Schlosses besichtigen +++ mit Abgeordneten diskutieren +++ die Arbeit des Landesparlaments besser kennenlernen +++ Fraktionen und die Ausschüsse besuchen +++ den Bürgerbeauftragten und den Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit treffen +++ WIR-Vielfaltsmeile +++ das Schlossmuseum erleben +++ die Schlosskirche besichtigen +++ für musikalische Unterhaltung und das leibliche Wohl ist gesorgt.

Entdecken Sie das Schweriner Schloss und den Burrgarten als Teil des „Residenzensemble Schwerin“ für die Bewerbung zum UNESCO-Weltkulturerbe.

Bereits am Sonnabend lädt der Verein der Freunde des Schweriner Schlosses e. V. beim Historischen Schlossfest zur Zeitreise in das 19. Jahrhundert ein, als das Schloss noch Sitz der mecklenburgischen Großherzöge war.





◀ Schon gesehen? Die Ampel vor der Schweriner Schlossbrücke sorgt neuerdings mit ganz besonderen Ampelmännchen für Verkehrssicherheit. Oder besser: mit Ampelgeistern. Das Petermännchen, der Geist des Schweriner Schlosses, erstrahlt dort in Rot und Grün als Lichtsignal für die Fußgängerinnen und Fußgänger. Wer ein größeres Abbild des kleinen Koboldes sucht, wird übrigens im Schlossinnenhof fündig. Dort steht eine Statue der zwerghaften Sagen-gestalt.

Am 20. März ist Maria Ilnicka-Madry, die Vorsitzende des Sejmijs der Woiwodschaft Westpommern, im Alter von 77 Jahren verstorben.

◀ An der Trauerfeier für die polnische Politikerin nahm in Stettin auch Landtagspräsidentin Birgit Hesse im Namen des Parlaments Abschied. Frau Ilnicka-Madry war seit dem 23. November 2018 die Vorsitzende des Sejmijs. Ihr war der Austausch mit dem Landtag MV ein spürbares Anliegen. Zuletzt war sie 2019 zum Parlamentsforum Südliche Ostsee in Schwerin.

Am 18. April haben sich Lena Kraft (ecolea Internationale Schule Schwerin), Sarah von der Osten-Sacken (CJD Christophorusschule Rostock), Christopher Farys (Goethe-Gymnasium Schwerin) und Peer Holbe (Gerhart-Hauptmann-Gymnasium Wismar) im Landesfinale von "Jugend debattiert" auf die Siegerplätze debattiert.

◀ "Sollen ARD und ZDF auf den Erwerb von Fußball-Übertragungsrechten verzichten?" und "Soll in Deutschland Fracking erlaubt werden?" waren die Fragen, zu denen die Jugendlichen argumentierten. Landtagspräsidentin Birgit Hesse (li.) hatte das Landesfinale eröffnet und den Wert einer "positiven Streitkultur" betont. "Unsere Demokratie lebt von der Debatte, von dem Wettstreit der Ideen und dem aktiven Meinungsaustausch", sagte sie im Plenarsaal des Landtages. Der Wettbewerb „Jugend debattiert“ wird von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, der Robert Bosch Stiftung, der Stiftung Mercator und der Heinz Nixdorf Stiftung auf Initiative und unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten durchgeführt.